



**HAUS
DER FAMILIE**
Rheinland-Pfalz

HANDREICHUNG

Der Beitrag der Häuser der Familien zur Armutsprävention



Der Beitrag der Häuser der Familien zur Armutsprävention

Herausgeber:
Ministerium für Integration, Familien, Kinder,
Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a, 55116 Mainz
www.mifkjf.rlp.de
poststelle@mifkjf.rlp.de

Verfasser/ -in: Dr. Davina Höblich/Dr. Kerstin Rock
Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V., (ism)
Flachmarktstraße 9
55116 Mainz
Tel: 06131/24041-0
Fax: 06131/24041-50
Email: ism@ism-mainz.de
www.ism-mainz.de

Gestaltung: Jürgen Ehlers

Druck: Ministerium für Integration, Familien, Kinder,
Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz

ISBN 978-3-9814670-0 – 0

Stand: April 2011

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerberinnen und -bewerbern oder Wahlhelferinnen und -helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



I. Einführung und Überblick über die Handreichung	4
II. Armut als Herausforderung für Häuser der Familien? – Problemaufriss.....	6
A. Familien in Armut – Ausmaß des Armutsproblems	6
1. Wann gilt jemand als „arm“?	6
2. Wie steht es um das Ausmaß von Armut in Rheinland-Pfalz?	7
3. Wer ist besonders häufig von Armut betroffen oder bedroht?	12
B. Auswirkungen von Armut – Bedarfe und Herausforderungen	15
C. Inanspruchnahmebarrieren von Familien in Armut für familienunterstützenden Dienstleistungen	22
III. Die Häuser der Familien als strukturelle Antwort auf Armut von Familien	24
A. Maßnahmen und Angebote zur Armutsprävention	25
1. An der materiellen Grundversorgung ansetzen.....	26
1.1 Eröffnung neuer nicht-stigmatisierender Zugänge zu materiellen / sozialen Ressourcen	26
1.2 Verknüpfung von Alimentierung mit Beratung und Bildung	27
1.3 Aktivierung von Selbsthilfe.....	31
2. An den Armutsfolgen ansetzen	32
2.1 Handeln mit Blick auf die Mangellagen im Bereich Haushalt.....	34
2.2 Handeln mit Blick auf die Mangellagen im Bereich Familie.....	37
2.3 Handeln mit Blick auf die Mangellagen im Bereich Gesundheit	42
2.4 Handeln mit Blick auf die Mangellagen im Bereich Bildung.....	45
2.5 Handeln mit Blick auf die Mangellagen im Bereich Freizeit, Kultur und Soziale Integration.....	50
B. Strategien zum Abbau von Inanspruchnahmebarrieren	53
IV. Fazit – Schlussbemerkung.....	57
V. Literatur	58
VI. Anhang: Übersicht über Statistiken zum Thema Armut und Ungleichheit	60

I. Einführung und Überblick über die Handreichung

Armut spielt für eine zunehmende Zahl von Familien zeitweise oder auf Dauer in ihrem Alltag eine Rolle. Armut ist heutzutage keine Randgruppenscheinung mehr: jeder achte junge Mensch unter 15 Jahren lebte 2006 in Rheinland-Pfalz von Sozialgeld, in den Städten jeder Fünfte und in den Landkreisen jeder Zehnte. Vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Migrantinnen und Migranten sowie ältere Frauen sind von Armut betroffen. Eltern und Kinder in Armut werden zunehmend als handelnde Akteure in ihren Lebenswelten erkannt. In den Mittelpunkt rücken daher Maßnahmen, die neben staatlichen Transferleistungen, Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen und mobilisieren. Es geht um eine Armutsprävention, indem z. B. konkret der (Wieder-) Einstieg ins Erwerbsleben oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird.

„Angebote der Armutsprävention und Armutsbekämpfung knüpfen an Spielräumen von Lebenslagen an; mit Optionen, die Defizite benennen, Verhaltens-, Lern- und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, Reserven an humanen Fähigkeiten und materiellen Ressourcen mobilisieren und Angebote an externer Hilfe zu erschließen.“¹

Zu dieser Armutsprävention gehören „Bildung, Beratung und Beteiligung sowie das Erlernen persönlicher Bewältigungsstrategien von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen ebenso wie die Reorganisation der Infrastrukturen in kommunalen Lebensräumen.“²

Häuser der Familien bieten als Teil einer familiengerechten Infrastruktur gute Möglichkeiten für eine so verstandene Armutsprävention. Als Knotenpunkt und Anlaufstelle für alle Familien in der Kommune bieten sie mit ihren niedrigschwelligen Angeboten eine nicht stigmatisierende Unterstützung für Familien in Armut. Über Angebote der Information, Bildung, Beratung und Alltagshilfe können sie für Familien in Armut neue Zugänge schaffen und Familien für eine gelingende Alltagsbewältigung befähigen. Ihr besonderes Potenzial liegt darin, durch den vorhandenen Angebotsmix Alimentierung und Befähigung zu verknüpfen sowie Rahmenbedingungen so gestalten zu können, dass Menschen in prekären Lebenslagen Wertschätzung und – indem sie als Aktive das Haus der Familie mit gestalten können – Selbstwirksamkeit erfahren.

Die vorliegende Handreichung nimmt die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe der rheinland-pfälzischen Häuser der Familien auf. Ziel der Arbeitsgruppe war es,

- nach den Auswirkungen von Armut und den hieraus resultierenden Bedarfen zu fragen;

¹ Bertsch 2002, S. 22.

² Bertsch 2002, S. 22.

- die Hürden für die (bisherige) Inanspruchnahme von Angeboten durch von Armut Betroffene zu identifizieren sowie
- Anknüpfungspunkte für die Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote für arme Familien herauszuarbeiten und so den Blick für diese als Zielgruppe der Häuser der Familien zu schärfen.

An dieser Stelle herzlichen Dank den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre engagierte Mitarbeit. Die Handreichung richtet sich in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Verantwortlichen in den Häusern der Familien. Ihren Einsatzort mag die Handreichung auch bei all den Kooperationspartnerinnen und -partnern finden, die gemeinsam mit den Häusern vor Ort einen Beitrag zu Verbesserung der Lebensbedingungen von Familien in Armutslagen leisten möchten.

II. Armut als Herausforderung für Häuser der Familien – Problemaufriss

Im Rahmen des folgenden Problemaufrisses wird zunächst das Ausmaß der Armut von Familien in Rheinland-Pfalz näher betrachtet. Nach der Klärung, wann jemand als arm gelten kann, werden aktuelle Zahlen zur Verbreitung von Armut in Rheinland-Pfalz sowie zu den besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen präsentiert (A). Im Anschluss daran wird Armut als multidimensionales Problem gefasst und in seinen Auswirkungen auf die verschiedenen Lebensbereiche (Materielle Grundversorgung, Gesundheit, Bildung, Kultur und Freizeit sowie Soziale Integration und Netzwerke) verdeutlicht (B). Schließlich wird im dritten und letzten Kapitel des Abschnitt II danach gefragt, welche Hürden und Hemmnisse von Armut Betroffene daran hindern, Angebote der Information, Alltagshilfe, Bildung und Beratung in den Häusern der Familien, aber auch in anderen Institutionen zu nutzen (C).

A. Familien in Armut – Ausmaß des Armutsproblems

Steigende Zahlen der Inanspruchnahme staatlicher Transferleistungen, anhaltend hohe Arbeitslosigkeitszahlen insbesondere mit Blick auf Jugendarbeitslosigkeit sowie ein rasanter Ausbau der Tafeln in Deutschland zeigen, dass für eine stetig größer werdende Gruppe von Menschen Phasen prekärer Lebensverhältnisse oder auch dauerhafte Armutslagen zur Alltagsrealität gehören. Im Folgenden wird daher ein genauer Blick auf das Armutsphänomen geworfen und der Frage nachgegangen, wann genau jemand als arm gilt, welche Bevölkerungsgruppen besonders von dauerhaften oder temporären Armutsphasen betroffen sind und welche Auswirkungen diese Betroffenheit auf die tägliche Lebensführung in unterschiedlichen Bereichen hat.

1. Wann gilt jemand als „arm“?

Armut ist ein vielschichtiger Sachverhalt. In der Armutsforschung und -berichterstattung lassen sich bei der Frage, wer als arm gilt, zwei Basiskonzepte unterscheiden:

Als *absolut arm* gilt, wer seine grundlegendsten Bedürfnisse in Bezug auf Nahrung, Kleidung, Wohnung und Gesundheit nicht befriedigen kann. Armut beschreibt in diesem Konzept einen Mangelzustand, der eine Sicherung der physischen Existenz nicht erlaubt. Hier ist die Festlegung von Armutsgrenzen gleichbedeutend mit der Festlegung eines Existenzminimums. Nach diesem Verständnis gilt die absolute Armut in Deutschland als „bekämpft“, da über staatliche Transferleistungen die Befriedigung der Grundbedürfnisse als gesichert gilt. Der dritte Armutsbericht des Landes Rheinland-Pfalz³ weist allerdings darauf hin, dass sich absolute Armut häufig in abgewandelter Form als extreme Armut zeigt, wenn die Inanspruchnahme existenzsichernder Transferleistungen verweigert wird, obwohl entsprechende Bedarfe bestehen. Damit wird auf das Problem extremer Unterversorgung trotz bestehender Bedarfe verwiesen – v. a. bei bestimmten Gruppen wie Wohnungslosen, Straßenkindern oder Ausländerinnen und Ausländern, die sich ohne entsprechende Aufenthaltsgenehmigung oder Duldung im Land aufhal-

³ Vgl. MASGFF 2004

ten. Diese extreme Armut gilt häufig auch als verdeckte oder verschämte Armut, wenn staatliche Transferleistungen aus Scham nicht beantragt werden.

Relative Armut bezieht sich auf einen Mangel an Mitteln, die zur Sicherung des Lebensbedarfes eines Menschen notwendig sind. Maßgebend ist der jeweils geltende soziale und kulturelle Standard. (Mehrdimensionalität von Armut - Lebenslagenansatz). Die Festlegung von Mindeststandards ist nicht wissenschaftlich möglich. Diese sind Ergebnis öffentlicher Debatten darüber, welche Mittel Menschen in einer Gesellschaft brauchen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Damit geht es bei der relativen Armut immer auch um Fragen der Inklusion und Exklusion, die nicht allein auf einen Mangel an materiellen Mitteln reduziert werden können. Relative Armut bezieht sich auf die Lebenslage der Menschen und damit auch auf Gesundheit, Wohnen, Bildung, Kultur und soziale Integration.

Der Begriff der relativen Armut ist jedoch schwer zu operationalisieren. Um Armut zu identifizieren und messen zu können, bedient sich die Armutsforschung zweier Indikatoren:

- Einkommen und
- Sozialleistungsbezug (hier meist Arbeitslosengeld II und Sozialgeld).

Bei der Einkommensarmut zur Messung der relativen Armut ist das Einkommen maßgeblich, das einer Person oder einem Haushalt zufließt. Arm ist danach, wer ein Einkommen hat, das unterhalb eines bestimmten Mindestabstands zum Mittelwert der Gesellschaft liegt.⁴ In der Regel wird dies bei 50 % bzw. 60 % des durchschnittlichen Einkommens festgelegt. Dieses monatliche Nettoeinkommen von 50 % bzw. 60 % des durchschnittlichen Einkommens stellt die Armutsrisikoschwelle dar und dient als Indikator für Armutsgefährdung.

Einkommensarmut

Armutsrisikoquote bezieht sich auf den Anteil der Personen in Haushalten, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Mittelwertes aller Personen (Median) beträgt.

Armutsrisikoschwelle bezeichnet das monatliche Nettoeinkommen unterhalb dessen man von Armut spricht.

2. Wie steht es um das Ausmaß von Armut in Rheinland-Pfalz? – Aktuelle Zahlen zur Verbreitung von Armut

Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung greifen auf fünf verschiedene Statistiken zurück, um Angaben über Einkommensverteilung, Armutsrisikoquote und Vermögensverteilung zu erhalten. Je nach Datenbasis, Erhebungsturnus und Berechnungsmethoden ergeben sich leicht abweichende Werte.

Einkommensarmut

Laut der amtlichen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)⁵ 2003 lag die Armutsrisikoschwelle bei 980 €. 14 % fielen unter diese Einkommensgrenze und waren demnach arm.

Laut Sozioökonomischem Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)⁶ 2006 lag die Armutsrisikoschwelle bei 880 €. 18 % fielen unter diese Einkommensgrenze und waren demnach arm, d. h. knapp jede 5. Person verfügte über ein Monatsnettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze.

⁴ Vgl. Bundesregierung, S. IX.

⁵ Die EVS ist eine große und ausführliche Erhebung (53.400 Haushalte) zu Einkommen, Ausgaben und Vermögen. Sie wird alle fünf Jahre erhoben und liegt zuletzt für das Jahr 2008 vor.

⁶ Das Sozioökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird seit 1984 jährlich erhoben und ermöglicht daher kontinuierliche Zeitreihenvergleiche. Da immer wieder dieselben Haushalte (11.500) nach ihren Einkommen befragt werden, sind auch Längsschnittdaten möglich.

Bundesrepublik	EVS 2003	SOEP 2006	Mikrozensus 2008
Armutsrisikoquote	14 %	18 %	14,4%
Armutsrisikoschwelle ⁷	980 €	880 €	787 €

Quelle: 3. Armuts- und Reichtumsbericht 2008

In *Rheinland-Pfalz* lag die Armutsrisikoquote 2009 bei 14,2 %. Mehr als eine halbe Million Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer galten damit als armutsgefährdet.⁸

Sozialleistungsbezug

Im Zuge der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für grundsätzlich erwerbsfähige Hilfebedürftige und deren Familienangehörige im Zweiten Sozialgesetzbuch SGB II zusammengefasst. Die Sozialhilfe richtet sich seit der Gesetzesnovellierung ausschließlich an nicht-erwerbsfähige Personen. Leistungshöhe und Leistungsumfang zur Sicherung des Lebensunterhalts im SGB II orientieren sich an den Leistungen des SGB XII.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten seit dem 1. Januar 2005 eine Grundsicherung für Arbeitssuchende in Form von Arbeitslosengeld II (ALG II) sowie Leistungen für eine angemessene Wohnung und Heizung derselben. Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, die mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, also einen gemeinsamen Haushalt haben, erhalten Sozialgeld. Hier handelt es sich meist um Kinder erwerbsfähiger Hilfebedürftiger unter 15 Jahren.

Die Statistiken zum Bezug von Arbeitslosengeld II und insbesondere zum Bezug von Sozialgeld können daher als Indikatoren für Familienarmut und Armut von Kindern und Jugendlichen herangezogen werden, da über den Bezug dieser Leistungen eine Hilfebedürftigkeit anerkannt wird.

ALG II bezogen 2008 in Rheinland-Pfalz

- 65,2 von 1000 (6,5 %) der 15 bis 65-Jährigen insgesamt,
- 123,8 von 1000 (12,3 %) der 15- bis 65-Jährigen in kreisangehörigen Städten,

⁷ Entspricht 60 % des mittleren Einkommens (Median) für einen Einpersonenhaushalt.

⁸ Die Armutsgefährdungsquoten 2009 für Rheinland-Pfalz nach soziodemographischen Merkmalen sind vom Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz in einer Tabelle unter www.statistik.rlp.de im Themenbereich Soziales dargestellt.

Sozialleistungsbezug:

Arbeitslosengeld II (ALG II): Erwerbsfähige Hilfebedürftige erhalten mit dem Arbeitslosengeld II Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes einschließlich der tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung, soweit diese angemessen sind. Erwerbsfähig ist, wer mehr als 3 Stunden am Tag einer Erwerbstätigkeit nachgehen kann.

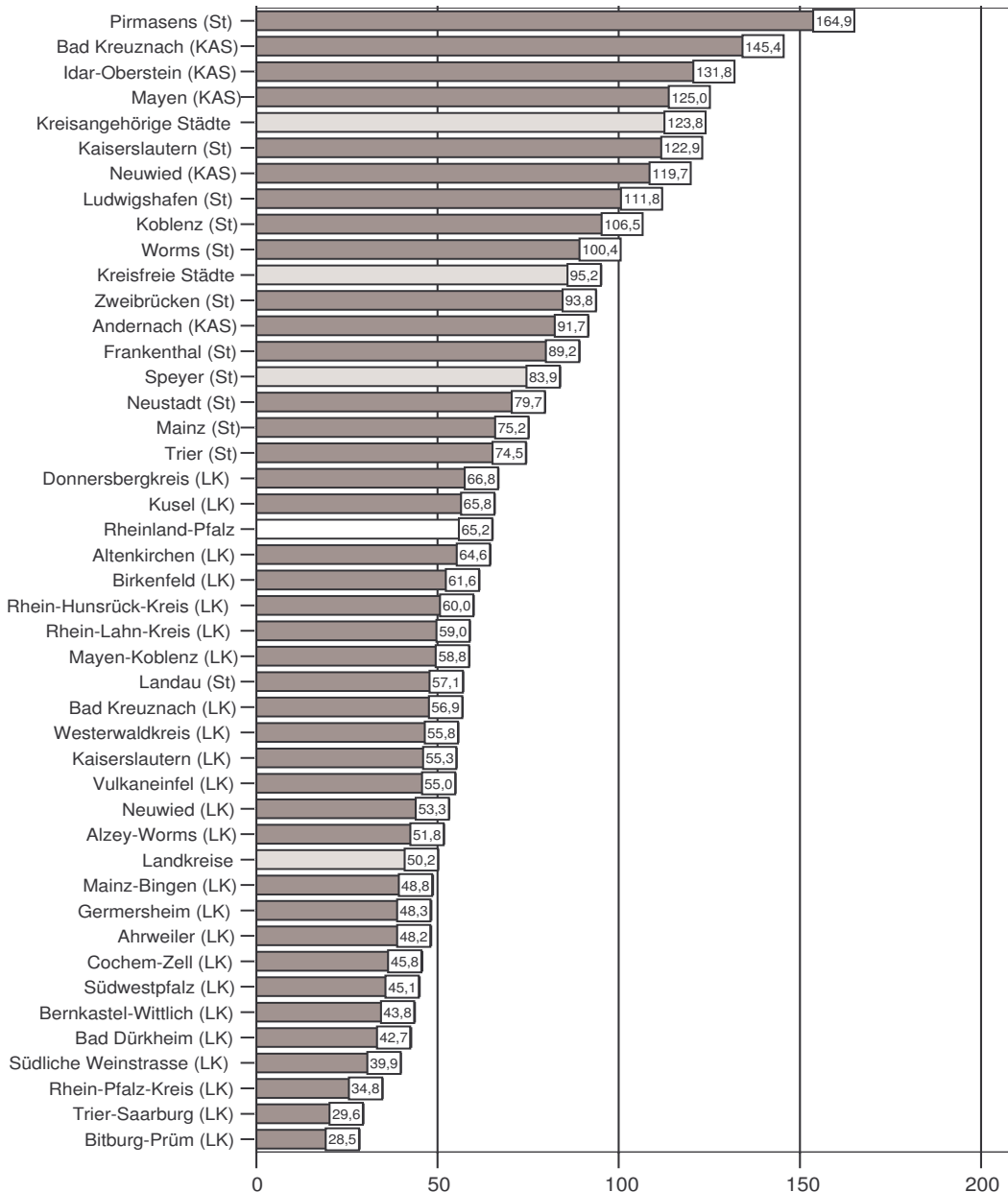
Sozialgeld (§ 28 SGB II): Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige, insbesondere Kinder unter 15 Jahren, die mit einem Empfänger von Arbeitslosengeld II in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, bekommen Sozialgeld, sofern kein Anspruch auf Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung besteht

Bedarfsgemeinschaft: Umfasst den Empfänger / die Empfängerin von Arbeitslosengeld II und alle Personen, die im selben Haushalt mit dieser Person wohnen.

- 95,2 von 1000 (9,5 %) der 15 bis 65-Jährige in kreisfreien Städten und
- 50,2 von 1000 (5 %) der 15 bis 65-Jährigen in den Landkreisen

Jeder 8. erhielt damit in den kreisangehörigen Städten und jeder 10. in den kreisfreien Städten Leistungen der Grundsicherung nach SGB II.

ALG II EmpfängerInnen je 1000 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren im Jahr 2008



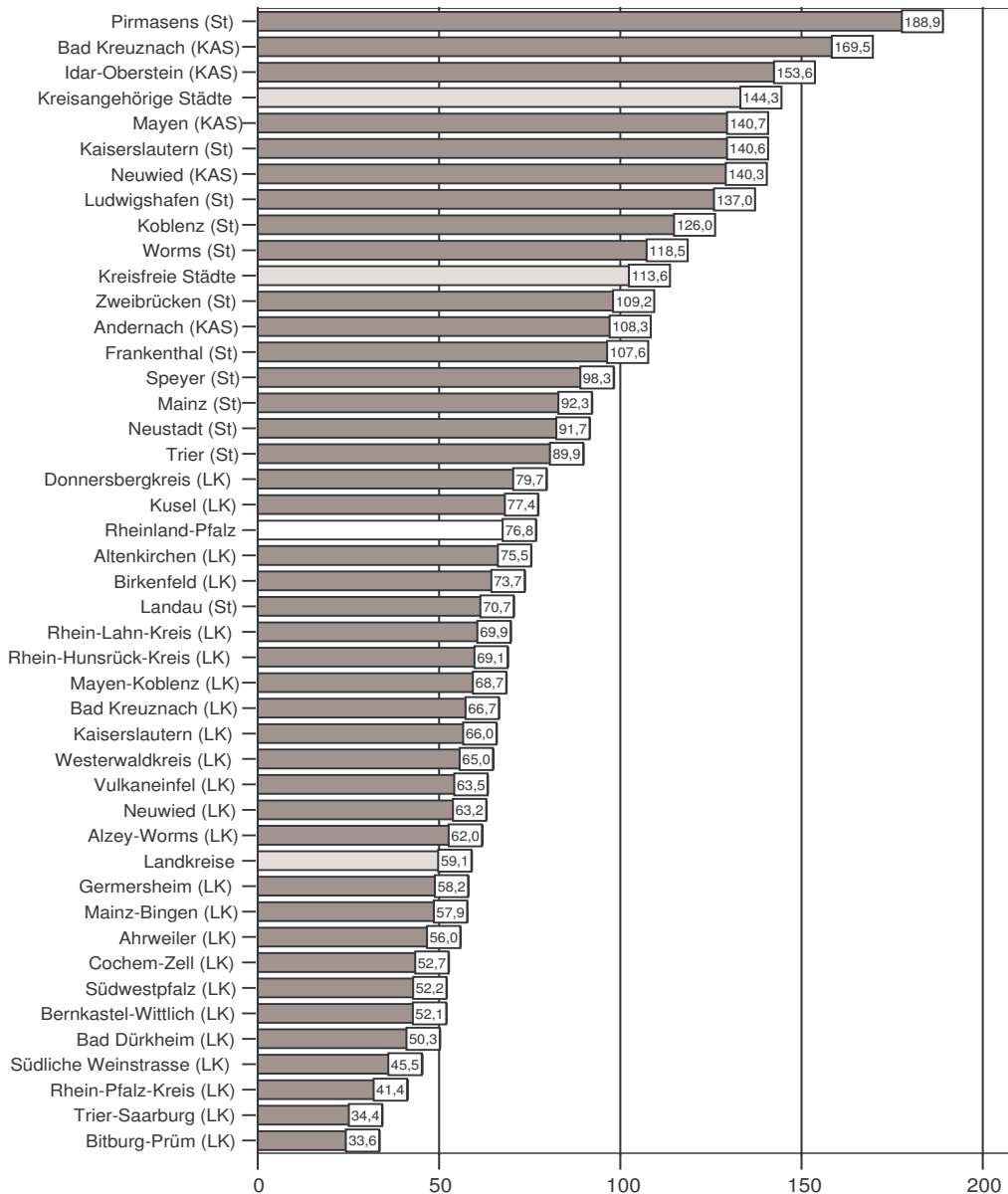
Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziale, Gesundheit, Familie und Frauen 2010b

Um das Ausmaß der Haushalte und Familien in Armut zu erfassen, eignet sich der Blick auf die Anzahl der Personen, die mit einem Empfänger oder einer Empfängerin von ALG II in einer *Bedarfsgemeinschaft* leben. In Rheinland-Pfalz waren dies 2008

- 76,8 von 1000 (7,6 %) der unter 65-Jährigen insgesamt,

- 144,3 von 1000 (14,4 %) der unter 65-Jährigen in kreisangehörigen Städten,
- 113,6 von 1000 (11,3 %) der unter 65-Jährigen in kreisfreien Städten und
- 59,1 von 1000 (5,9 %) der unter 65-Jährigen in Landkreisen.

Personen in Bedarfsgemeinschaften je 1000 Personen unter 65 Jahre im Jahr 2008



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziale, Gesundheit, Familie und Frauen 2010b

In den kreisfreien Städten lebte somit jeder 7., in den kreisangehörigen Städten jeder 9. und in den Landkreisen jeder 17. in einer Bedarfsgemeinschaft mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen.

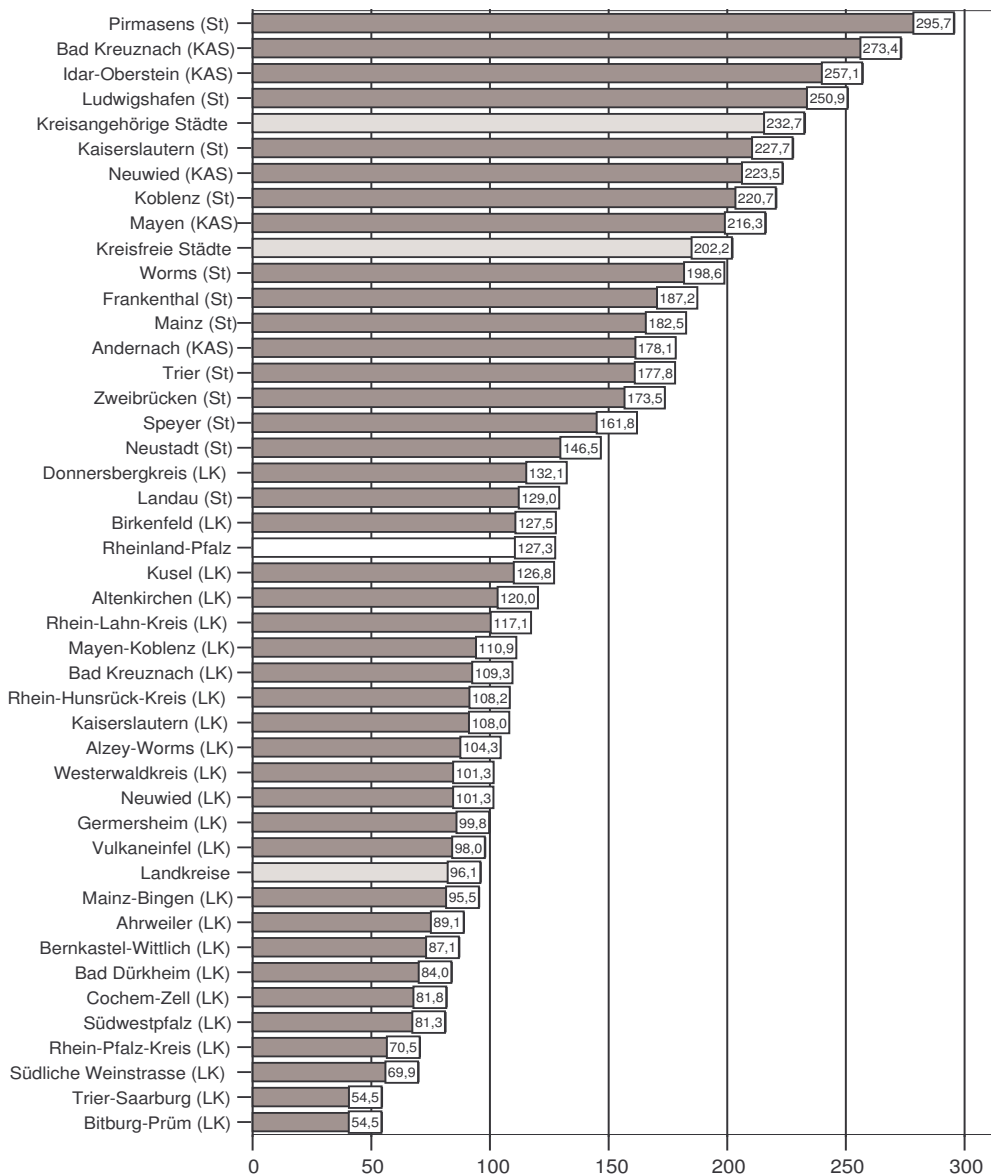
Der Bezug von *Sozialgeld* gibt darüber Auskunft, wie viele Kinder in solchen Bedarfsgemeinschaften mit erwerbsfähigen Hilfebedürftigen zusammenleben.

Sozialgeld bezogen 2008 in Rheinland-Pfalz 2008

- 12,7 % aller Personen unter 15 Jahre insgesamt,

- 23,2 % der Personen unter 15 in kreisangehörigen Städten,
- 20,2 % der Personen unter 15 Jahren in kreisfreien Städten und
- 9,6 % der Personen unter 15 Jahren in Landkreisen.

Sozialgeld-EmpfängerInnen je 1000 Personen unter 15 Jahre im Jahr 2008



Quelle: Ministerium für Arbeit, Soziale, Gesundheit, Familie und Frauen 2010b

Mehr als jedes 4. Kind bzw. jeder 4. Jugendliche unter 15 Jahren lebte in einer kreisangehörigen Stadt mit Eltern zusammen, die ALG II erhielten. In den kreisfreien Städten traf dies auf jedes 5. Kind bzw. jeden 5. Jugendlichen zu, in den Landkreisen nur auf jedes 10. Kind bzw. jeden 10. Jugendliche.

Fast ein Viertel der Kinder wachsen somit in kreisangehörigen Städten in relativer Armut auf. Kinder und Jugendliche gehören damit zu den am stärksten von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen.

3. Wer ist besonders häufig von Armut betroffen oder bedroht? – Armutsrisiken und betroffene Personengruppen

Nicht alle Bevölkerungsgruppen sind gleichermaßen von Armut betroffen. Entlang von Merkmalen wie niedrige Bildungsqualifikation, Migrationshintergrund, allein erziehend oder dem Vorliegen spezifischer Problemlagen wie Überschuldung, Scheidung und Trennung, Behinderung und Sucht ergeben sich gruppenspezifische Armutsrisiken. Ziel der Armutsforschung ist es, von Armut betroffene oder bedrohte Gruppen zu identifizieren. „Zu den besonders armutsgefährdeten Gruppen zählen Arbeitslose, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Alleinerziehende und Personen mit Migrationshintergrund.“⁹ Kinder, deren Eltern zu diesen Gruppen gehören sind besonders armutsgefährdet.

Arbeitslose, Personen mit geringer Erwerbsbeteiligung oder im Niedriglohnbereich

Laut dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Nichterwerbstätigkeit der Eltern und dem Armutsrisiko von Familien und Kindern. Das Armutsrisiko von Haushalten mit Kindern, in denen keines der Haushaltsmitglieder einer Erwerbstätigkeit nachgeht, liegt bei 48 % und sinkt bei Aufnahme einer Vollbeschäftigung durch ein oder mehrere Haushaltsmitglieder auf 8 % bzw. 4 %.¹⁰

Mit der Zunahme des Niedriglohnbereichs geht auch bei Vollzeitbeschäftigung ein gestiegenes Armutsrisiko einher. Die Gruppe der „Aufstockerinnen und Aufstocker“ beziehen zusätzlich zum Einkommen staatliche Transferleistungen (ALG II), da das Einkommen teilweise trotz Vollzeitbeschäftigung nicht für den Lebensunterhalt ausreicht. Mitte 2008 waren insgesamt etwa 1,35 Millionen Menschen auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Hierunter fallen 628.000 Personen mit Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung und weitere etwa 724.000 AGL II-Empfängerinnen und -Empfänger, die mit Minijobs ihr Einkommen aufbessern. Besonders betroffen sind die Leiharbeitsbranche, das Gast- und Verkehrsgewerbe sowie die Reinigungsdienste. Allein dort arbeitet ein Drittel aller Aufstockerinnen und Aufstocker.¹¹

Working poor – Arm trotz Arbeit

Aufstockerinnen und Aufstocker: Wer ein sehr geringes Einkommen bezieht, kann es durch ALG II aufstocken. Wenn der Lebensunterhalt nicht allein durch Arbeitslosengeld I oder Einkommen bestritten werden kann, können Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (erwerbsfähige Personen) oder SGB XII (nicht erwerbsfähige Personen) beantragt werden. Einkommen wird dabei im Rahmen des § 11 SGB II auf den Bedarf angerechnet.

In Rheinland-Pfalz waren 2008 insgesamt 46.800 Personen auf ergänzendes ALG II angewiesen. Von diesen Aufstockerinnen und Aufstockern waren rund 25.500 geringfügig beschäftigt. Etwa 30% dieser Personen (14.300) hatten einen Vollzeit-Job und waren dennoch auf staatliche Transferleistungen angewiesen.¹²

Die staatlichen Transferleistungen reduzieren zwar die relative Einkommensarmut, allerdings erlauben diese Leistungen lediglich einen sehr niedrigen Lebensstandard, der hohe Anforderungen an die hauswirtschaftlichen Kompetenzen der Bezugsberechtigten stellt. Der Regeleistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) belaufen sich in der aktuellen Fassung auf 364 Euro für eine erwachsene leistungsberechtigte Person, die als alleinstehend oder alleinerziehende Person einen eigenen Haushalt

⁹ Vgl. Bundesregierung, S. IV.

¹⁰ Vgl. Bundesregierung, S. V.

¹¹ Vgl. Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 4. 12. 2008 unter : <http://www.sueddeutsche.de/politik/538/450260/text/> .

¹² Vgl. Ministerium für Arbeit Soziales, Gesundheit Familie und Frauen 2010a, S. 37

führt. Für sonstige erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft werden als Regelbedarf anerkannt monatlich 275 Euro, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und monatlich 291 Euro in den übrigen Fällen. Hinzu kommen die Unterkunftskosten und ggf. Mehrbedarfzuschläge, einmalige Beihilfen in Sonderfällen und Bedarfe für Bildung und Teilhabe.

Verstärkt von Armut bedroht sind auch Personen ohne abgeschlossene Ausbildung, da diese in der Regel häufiger Phasen der Arbeitslosigkeit erleben und größere Schwierigkeiten haben, eine Arbeitsstelle zu finden.

Familien mit mehr als zwei Kindern und Alleinerziehende

Allgemein zeigen sich in Abhängigkeit von der Familiengröße deutliche Einkommensunterschiede. Unabhängig von der Familienform (alleinerziehend, Ehepaare mit Kindern, Lebensgemeinschaften mit Kindern) steigt das Armutsrisiko mit der Kinderzahl überproportional an. Werden in einer Familie mehrere Kinder versorgt, verzichtet oft ein Elternteil auf Erwerbstätigkeit oder geht einer Teilzeitbeschäftigung nach. Der (Teil-) Ausfall eines Einkommens trifft dann auf eine Lebenslage, in der der Einkommensbedarf steigt.

In Rheinland-Pfalz gab es 2008 insgesamt 621.100 Familien, davon 50,4 % mit einem Kind, 37,6 % mit zwei Kindern und 11,9 % mit drei und mehr Kindern. Unter den Alleinerziehenden dieser Familien haben 90,6 % ein Kind, 32,8 % zwei Kinder und 8 % drei und mehr Kinder.¹³

Für *Alleinerziehende* stellen sich die Anforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in verschärfter Form, die z. T. auch mit Teilzeitbeschäftigungen und/oder kostenpflichtigen Betreuungsangeboten gelöst werden müssen. Vielfach geraten sie auch deshalb in finanzielle Notlagen, weil Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils verspätet, unvollständig oder überhaupt nicht¹⁴ erfolgen. Beides hat Einfluss auf das verfügbare Haushaltseinkommen. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten und unzureichende Unterhaltszahlungen lassen viele Alleinerziehende trotz staatlicher Transferleistungen in Einkommensarmut geraten.

In Rheinland-Pfalz lag der Anteil der Alleinerziehenden an den Lebensformen mit Kindern bei 21,1 % (131.300), davon waren 86 % (112.900) alleinziehende Mütter. Der Anteil der Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen¹⁵ unter den Alleinerziehenden betrug 2008 36,7 %, der Anteil der Erwerbstätigen 63,2 %. Dagegen betrug der Anteil der Erwerbstätigen bei den Ehepaaren mit Kindern nur 7,2 %. Die Armutsgefährdungsquote betrug für die rheinland-pfälzischen Alleinerziehenden mit Kindern im Jahre 2008 44,2 % und war damit rund dreimal so hoch wie das durchschnittliche Armutsrisiko.¹⁶

Migrantinnen und Migranten

2007 hatten unter den 622.000 Familien mit ledigen Kindern in Rheinland-Pfalz 126.000 Familien (20,3 %) einen Migrationshintergrund. Über die Hälfte (65.000) davon waren Deutsche, 61.000 Ausländerinnen und Ausländer.

Die Armutsrisikoquote der rheinland-pfälzischen Migrantinnen und Migranten lag 2008 bei 27,9 % und damit fast doppelt so hoch wie die durchschnittliche Armutsrisikoquote von 14,5 %.

Überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund (9,7 %) leben *vorwiegend von staatli-*

¹³ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008a

¹⁴ Das Jugendamt tritt mit dem Unterhaltsvorschuss nur für maximal 72 Monaten in Vorlage.

¹⁵ Nichterwerbspersonen: Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind. Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2009, S. 4.

¹⁶ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008a

chen Transferleistungen (ALG I und II, Sozialhilfe und sonstige Leistungen aus einer Pflegeversicherung und BAföG usw.) gegenüber 4,5 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.¹⁷

Während die *Erwerbstätigenquoten* der Männer mit und ohne Migrationshintergrund sich kaum voneinander unterscheiden, hatten Frauen mit Migrationshintergrund 2007 die niedrigste Erwerbstätigenquote mit 59 % gegenüber einer Erwerbstätigenquote von 69 % der Frauen ohne Migrationshintergrund.¹⁸ Großen Einfluss haben die Geburt von Kindern, die Betreuung von Kindern und die Pflege von Familienangehörigen. Etwa 53 % der Frauen mit Migrationshintergrund lebten 2006 überwiegend vom Unterhalt durch Angehörige im Kontrast zu nur 38 % der Frauen ohne Migrationshintergrund.¹⁹ Unter den Ehepaaren mit ledigen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund zeigt sich ein anderes Bild: Bei zwei Dritteln (66 %) der Ehepaare mit Kindern und Migrationshintergrund sind beide Ehepartner berufstätig gegenüber 62,6 % der Ehepaare mit Kindern ohne Migrationshintergrund. Damit stellen sich für Familien mit Migrationshintergrund andere Herausforderungen, wenn beide Partner arbeiten gehen wollen oder müssen, um den Lebensunterhalt zu erwirtschaften.

2007 verfügten 33,2 % der Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hat, über ein *monatliches Nettoeinkommen* von weniger als 1.300 €, im Kontrast nur 25,9 % der Mehrpersonenhaushalte ohne Migrationshintergrund. Zu bedenken ist hier, dass die Haushalte mit Migrationshintergrund durchschnittlich mehr Personen umfassen als die Haushalte ohne Migrationshintergrund: 36,3 % der Haushalte, deren Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hat, bestehen aus vier oder mehr Personen im Kontrast zu nur 22,6 % der Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher keinen Migrationshintergrund hat.

Ältere Menschen

Längere Phasen mit geringem Einkommen, geringfügiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit innerhalb der Erwerbsbiografie erhöhen später das Armutsrisiko im Alter, wenn Rente und andere Einkünfte nicht für den Lebensunterhalt reichen.

Altersarmut stellt nach dem 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung „kein aktuelles Problem“ dar. Ende 2006 bezogen nur 2,3 % der über 65-Jährigen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung²⁰. Vergessen werden darf hier jedoch nicht, dass es in diesem Lebensalter eine wesentlich höhere Dunkelziffer gibt, da viele ältere Menschen ihnen zustehende Leistungen aus Scham gar nicht erst beantragen. Zudem wird die Zahl der bedürftigen älteren Menschen zukünftig mit Blick auf die Entwicklung der Rentenhöhen im Zusammenhang mit brüchigeren Erwerbsbiografien eher steigen.

Der rheinland-pfälzische Armuts- und Reichtumsbericht zeigt auf, dass die Armutsrisikoquote von Menschen über 65 Jahren jedes Jahr etwas über dem Durchschnitt der allgemeinen Armutsrisikoquote liegt. Für 2008 lag die Armutsrisikoquote der Personengruppe „65 Jahre und älter“ bei 16,6 % gegenüber 14,5 % in der Allgemeinbevölkerung.

2008 verfügten 32,6 % aller Einpersonenhaushalte über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 900 €. Bei 38 % dieser Einpersonenhaushalte handelt es sich um Menschen im Lebensalter von 65 Jahren und älter.²¹

¹⁷ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008b, S. 77.

¹⁸ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008b, S. 66.

¹⁹ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008b, S. 78.

²⁰ Die Grundsicherung im Alter wurde 2003 eingeführt: „Kernelement der Grundsicherung ist, dass das Einkommen von Kindern und Eltern der Antragesberechtigten – anders als bei der Hilfe zum Lebensunterhalt – grundsätzlich nicht berücksichtigt wird, d. h. kein Rückgriff stattfindet.“ (Bundesregierung, S. XV).

²¹ Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2008a.

B. Auswirkungen von Armut – Bedarfe und Herausforderungen

Der Mangel an Geld (Einkommen und Vermögen) ist ein konstitutives Element von Armut. Dieser Mangel hat Auswirkungen auf die Teilhabe- und Verwirklichungschancen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Armut kann daher auch als verweigerter Verwirklichungschance²² und als Ausschluss aus der Gesellschaft – Exklusion – angesehen werden. Unter Verwirklichungschance wird die Möglichkeit verstanden, ein Leben zu führen, für das sie sich aus guten Gründen entschieden haben. Die Armutsforschung und auch die Erfahrungen der Fachkräfte in den Häusern der Familien bestätigen, dass gerade länger andauernde Armut mit einer Zukunfts- oder Perspektivenarmut einhergeht.

Armut als Zukunfts- und Perspektivenarmut:

„Wer mit der Organisation seines täglichen Auskommens vollauf beschäftigt ist, kann auch weniger mittel- und langfristig planen, wenn hierfür notwendige Ressourcen wie eine finanziell abgesicherte Lage nicht zur Verfügung stehen.“

Hinsichtlich der Auswirkungen von Armut auf die tägliche Lebensbewältigung muss grundsätzlich danach unterschieden werden, ob es sich um eine vorübergehende Armut aufgrund von Phasen der Arbeitslosigkeit oder um eine verfestigte Armutslage handelt. Meist handelt es sich bei Armut um eine vorübergehende Phase. Allerdings lebt auch ein kleiner Teil von Familien dauerhaft in Armut.

Eine finanzielle Lage an oder unterhalb dieser Armutsrisikoschwelle birgt die Gefahr, dass Kinder in ihrer Entwicklung einen fundamentalen Mangel in den verschiedenen Lebensbereichen erleiden können, aber nicht zwangsläufig erleiden müssen.²³ Die Auswirkungen von prekären Lebenslagen richten sich auch nach dem Ausmaß und der Dauer der Armutslage für die Betroffenen.

²² Vgl. Sen 1999.

²³ Vgl. Walkmann-Schäfer et al. 2009.

Ausprägungen von Armut nach Dauer und Ausmaß²⁴

Akute Armutsgefährdung: Bezug von ALG II, aufstockender Maßnahmen oder Haushaltseinkommen auf Niveau des Regelsätze des ALG II, welche ohne staatliche Transferleistungen nicht zur Deckung des täglichen Bedarfs ausreicht.

Manifeste Armut: eine permanente finanzielle Mangelsituation und Unterversorgung die sich negativ auf die Lebenswelt der Betroffenen auswirkt und sie in ihrer Entwicklung und Teilhabe wesentlich beeinträchtigt

Extreme Armut: beschreibt einen existenziellen Mangel an fundamentalen Entwicklungs- und Teilhabemöglichkeiten. Psychische und physische Folgeschäden der Armutslage sind für die Betroffenen bereits eingetreten, bei Kindern ist das Kindeswohl akut gefährdet. Diese Menschen stehen am äußersten Rand der Gesellschaft.

Für die Betrachtung der Auswirkungen von Armutslagen auf den Familienalltag und die kindliche Entwicklung kann deshalb zwischen einer akuten Armutsgefährdung, manifesten und extremen Armutslagen unterschieden werden. Die Übergänge sind hierbei fließend. So kann sich eine anhaltende akute Armutsgefährdung insbesondere bei längerem Verbleiben in diesem niedrigen Einkommensbezug zu einer permanenten Mangelsituation und Unterversorgung entwickeln. Verschärfen dann zusätzlich soziale und wirtschaftliche Probleme die Situation der Familie (z. B. Überschuldung, Drogenabhängigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Misshandlungen, Gewalt) kann es zu einer extremen Armut kommen.

Unterstützungs- und Hilfsangebote für arme Familien müssen in ihrer Konzeption berücksichtigen, welche Ausprägungen der Armut bei den Nutzerinnen und Nutzern vorliegen, um bedarfsgerecht auf die Folgen der Armutslage antworten zu können. Armut hat somit je nach Dauer und Ausmaß verschiedene „Gesichter“ für die Betroffenen.

Einer Haushaltstudie²⁵ zufolge lassen sich Familien und Haushalte in Armut hinsichtlich typischer Problemkonstellationen und typischer Verhaltensweisen im Umgang mit der angespannten Haushaltsslage in unterschiedliche Typen einteilen. Zwei dieser Typen bilden die Hauptrisikogruppe und sind aufgrund der Dauer und/oder des Ausmaßes auf breit angelegte und wirkungsvolle Unterstützungsangebote und Hilfen angewiesen:

Zwei dieser Typen bilden die Hauptrisikogruppe und sind aufgrund der Dauer und/oder des Ausmaßes auf breit angelegte und wirkungsvolle Unterstützungsangebote und Hilfen angewiesen:

- Der Typ „verwaltete Arme“ – Phänomen der Generationen übergreifenden verfestigten Armut. Betroffene verfügen über langjährige Erfahrungen und Routinen im Umgang mit Behörden und Institutionen, ohne die eine Alltagsbewältigung kaum mehr möglich ist. Charakteristisch für diesen Typ sind eine niedrige Alltagskompetenz und eine geringe Erwerbsorientierung. Eltern dieses Typs gelingt es nicht (mehr) ohne ein institutionelles Netz (ASD und familienbezogene Hilfen sowie staatliche Transferleistungen) die Erziehung ihrer Kinder und die Bewältigung des Familienalltags aufrecht zu erhalten.²⁶
- Der Typ „erschöpfte Einzelkämpferinnen und Einzelkämpfer“ – Alleinerziehende oder Paare mit (sehr) geringen Einkommen trotz überproportionaler Arbeitsbelastung im Familien- und Berufsalltag. Die hohe Arbeitsbelastung, Krankheiten und deren Folgen sowie das Gefühl, von offizieller Seite allein gelassen zu werden, führen bei diesem Typ häufig zu chronischen Erschöpfungszuständen. Betroffene verfügen meist über keine generationsübergreifenden Erfahrungen mit Armut und erhalten seltener institutionelle Hilfsangebote.²⁷

²⁴ Vgl. Walkmann-Schäfer et al. 2009, S. 29.

²⁵ Vgl. Meier, Preuße 2003.

²⁶ Vgl. Meier, Preuße 2003, S. 331f..

²⁷ Vgl. Meier, Preuße 2003, S. 332f..

Die Frage, wann jemand als arm gilt, lässt sich mit Blick auf Einkommensarmut mithilfe von Einkommensgrenzen und -schwellen zunächst relativ einfach beantworten. Die Ausführungen verdeutlichen jedoch, dass sich je nach Rahmenbedingungen, generationsübergreifenden Vorerfahrungen im Umgang mit Armut, Ausmaß und Dauer der Armutslagen bei der Frage der sich hieraus ergebenden Bedarfe und Herausforderungen ein großes Spektrum ergibt. Hilfen und Angebote, die sich an Familien in Armut richten, müssen diese Aspekte berücksichtigen, um den unterschiedlichen Problemkonstellationen, Ressourcen und Bewältigungsstrategien der Betroffenen gerecht zu werden. Die Ausführungen zeigen auch, dass von „den“ armen Familien nicht gesprochen werden kann.

Armut wirkt mehrdimensional auf die gesamte Lebenslage eines Menschen und bestimmt dessen Gestaltungs-, Handlungs- und Entscheidungsspielräume. Sie hat „Folgen für die kulturellen und alltagsweltlichen Handlungs- und Bildungsmöglichkeiten der Betroffenen.“²⁸ Deshalb bedeutet arm sein mehr, als kein Geld zu haben, sondern beeinflusst die Alltagsgestaltung in den Bereichen materielle Grundversorgung, Gesundheit, Freizeit und Kultur, Bildung und soziale Integration. Die folgende Abbildung illustriert, wie die Fachkräfte in den Häusern der Familien die Auswirkungen von Armut für Familien in den verschiedenen Lebensbereichen ganz praktisch wahrnehmen:



²⁸ Winkler 2007, S. 107.

Arme Familien – arme Kinder

Kinder und Jugendliche stellen seit längerem die Altersgruppe dar, die am häufigsten von Armutsrisiken bedroht ist.²⁹ „Im Jahr 2007 verfügten ca. 2,4 Millionen Kinder und Jugendliche in 1,4 Millionen Haushalten in Deutschland über ein Einkommen, das unterhalb von 60 Prozent des gewichteten Medianeinkommens liegt.“³⁰ Auch in Rheinland-Pfalz kann von einer „Infantilisierung der Armut“³¹ gesprochen werden. Kinderarmut betrifft die gesamte Lebenssituation von Kindern: „Arme Kinder wachsen in armen Familien mit armen Eltern auf“.³² Neuere Untersuchungen zur Armut von Familien und Kindern zeigen, dass Armut den stärksten Einfluss auf das kindliche Wohlergehen hat. Armut muss somit als zentraler Risikofaktor für die kindliche Entwicklung angesehen werden.³³ Die Armut von Kindern und Jugendlichen ist eng mit der Armut ihrer Eltern verknüpft. Allerdings haben Kinder und Jugendliche spezifische, von Erwachsenen unterschiedliche Bedürfnisse, die durch Armut berührt werden. Daher muss bei den Auswirkungen von Armut auf Familien stets die jeweilige Lebenssituation von Erwachsenen und Kindern getrennt berücksichtigt werden.

Zugleich stellen Kinder auch ein Armutsrisiko dar, da die Ausgaben mit jedem Kind in der Familie steigen, diesem Mehrbedarf jedoch meist eine zeitweilige Einschränkung oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit eines Erwachsenen gegenüber steht. Hinzu kommt, dass die Regelleistungen für Kinder und Jugendliche (bei Kindern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres 60 %, ab Beginn des siebten bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 70 %, ab Beginn des 15. Lebensjahres 80 % des Regelsatzes für Erwachsene) nicht den spezifischen Bedarf für eine kindgerechte Persönlichkeitsentfaltung entlang von Entwicklungsphasen berücksichtigen. So kann über die Regelsätze zwar das physische Existenzminimum gesichert werden. Zum Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gehören daneben jedoch auch materielle Leistungen, die für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.³⁴

➤ Kinder als „Armutsrisiko“:

Betreuungsbedarf, erhöhter finanzieller Bedarf im Alltag



Verringerung/zeitweise Aufgabe der Erwerbstätigkeit

**Schere
zwischen
Kosten und
Mitteln**

Nachteile entstehen für die Familien vor allem dann, wenn der berufliche (Wieder-) Einstieg nach der

²⁹ „Jugend und Armut“. Zwischenbericht 2010 zur ISS-Langzeitstudie „Kinder- und Jugendarmut IV, S. 8

³⁰ Vgl. Bundesministerium für Familie 2009, S. 60.

³¹ Ministerium für Arbeit 2004, S. 72.

³² Vgl. Holz 2008a.

³³ Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer 2006, S. V.

³⁴ Gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 9. 01.2010 sind die derzeit geltenden Hartz IV-Sätze für Kinder verfassungswidrig: „Die Regelleistungen sowohl des Arbeitslosengeldes II für Erwachsene als auch des Sozialgeldes für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres genügen dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht.“ Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 9. Februar 2010.

Familienphase nicht oder nur unzureichend gelingt und Betreuungsmöglichkeiten fehlen bzw. zu teuer sind.

Armut stellt eine erhebliche Belastung für Familien in Form eines enger werdenden Handlungsrahmens und einer Einschränkung von Spielräumen der Lebensverwirklichung dar. Gerade in armen Familien sind Kinder jedoch oft Gegenstand der Sorge und des Schutzes. Eltern „sparen“ oftmals eher an sich, als an ihren Kindern.³⁵ Mit Dauer und Tiefe von Armutslagen nimmt allerdings die Fähigkeit der Eltern, Kinder ausreichend zu versorgen, ab. Mit der Lebenssituation verknüpfte tägliche Herausforderungen können dann zur *Überforderung armer Eltern in der Erziehung ihrer Kinder* führen und es kann zu Störungen in der Eltern-Kind-Interaktion kommen. Familiäre (Einkommens-) Armut und eine damit einhergehende Überlastung beeinträchtigt Kinder bereits in frühen Lebensaltern. Liegen zusätzlich noch chronische Erkrankungen der Eltern vor, übernehmen Kinder meist (zu) früh Verantwortung für Haushalts- oder Familienaufgaben.

Materielle Grundversorgung

Armen Familien wird aufgrund der eingeschränkten Ressourcen ein diszipliniertes Haushalten abverlangt, um „über die Runden zu kommen“. Die Versorgung eines Haushaltes mit lebensnotwendigen Gütern hängt jedoch nicht nur von Ausmaß der finanziellen Ressourcen ab. Durch ein Haushaltsmanagement, das andere Ressourcen, wie soziale Netzwerke (Verwandte, Nachbarn, Freunde und Bekannte), Tauschmöglichkeiten und Zugang zu Kleiderkammern u. ä. mobilisiert, können Familien ihre objektive Armutslage im Bereich materielle Grundversorgung im Alltag subjektiv verbessern. So helfen häufig Verwandte, Nachbarn, Freunde und Bekannte mit Kleidung, Essen und Spielzeug oder in der Freizeitgestaltung und bei Urlauben aus. Gerade Großeltern spielen bei der Unterstützung von Familien in Armutslagen eine wichtige Rolle.³⁶ Verfügen Eltern jedoch nicht über entsprechende Möglichkeiten sowie kommunikative und handlungsbezogene Strategien eines solchen Haushaltsmanagements, schlägt sich die angespannte finanzielle Lage der Familie direkt auf die Gestaltung des Alltags und die Kinder nieder. Den AWO-ISS-Studien zufolge weisen rund 40 % der armen Kinder gegenüber 15 % der nicht armen Kinder Mängel auf. Bei den 10-Jährigen äußert sich die Mangellage z. B. darin, keinen eigenen Raum zu haben und Einschränkungen bei der Kleidung oder dem Spielzeug machen zu müssen. Mängel in der materiellen Grundversorgung zeigen sich deutlich in verspäteten oder unregelmäßigen Zahlungen von Essensgeld und sonstigen Beiträgen in Kindertageseinrichtungen, Horten und Schulen. Kinder kommen hungrig in die Einrichtung, haben kein Pausenbrot dabei und/oder es fehlt ihnen an körperlicher Pflege.³⁷

Gesundheit: Armut macht krank

Inzwischen ist ein Zusammenhang zwischen sozialer Schicht bzw. Armutslagen und Gesundheit hinreichend wissenschaftlich belegt. Untersuchungen zeigen, dass Armut einen wesentlichen Einfluss auf Gesundheitszustand, auf das Gesundheitsverhalten und gesundheitliche Aspekte der Lebensführung hat. Armut und Gesundheit stehen in einem dynamischen Verhältnis zueinander: Einerseits erhöhen chronische Erkrankungen das Armutrisiko.³⁸ So können Krankheit oder Behinderung der Eltern oder Kinder die Teilnahme am Erwerbsleben einschränken oder verhindern sowie durch erhöhte Ausgaben für Medikamente u. ä. das Haushaltseinkommen belasten. Andererseits weisen Personen in Armutslagen und Kinder, die in Armut aufwachsen, als Erwachsene einen wesentlich schlechteren Gesundheitszustand auf.³⁹ Fehlende finanzielle Mittel führen häufig dazu, dass Arztbesuche aufgeschoben und wich-

³⁵ Vgl. Bertsch 2002.

³⁶ Vgl. Chassé/Zander/Rasch 2007, S. 158 ff. ff.

³⁷ Vgl. Holz 2008b, S. 75.

³⁸ Vgl. Bundesregierung.

³⁹ Vgl. Trabert.

tige Medikamente nicht besorgt werden. Aber auch die Teilnahme an den kostenlosen Früherkennungsuntersuchungen (U1-9) ist abhängig vom Sozialstatus.⁴⁰ Arme Kinder weisen insgesamt häufiger gesundheitliche Probleme auf bzw. sind in ihrer körperlichen Entwicklung beeinträchtigt als nicht arme Kinder.⁴¹ In Armut aufwachsende Kinder und Jugendliche

- nehmen weniger frische Nahrungsmittel, wie Obst, Gemüse oder Salat, zu sich;
- gehen häufiger zur Schule ohne gefrühstückt zu haben;
- vernachlässigen häufiger ihre Zahnpflege.

Soziale Benachteiligung geht allerdings nicht zwangsläufig mit einem gesundheitsriskanten Verhalten von Kinder und Jugendlichen einher: So zeigen sich beim Tabak- und Alkoholkonsum von Jugendlichen keine bedeutsamen Unterschiede nach ihrem Sozialstatus.⁴² Welche gesundheitlichen Auswirkungen Armut auf Kinder und Jugendliche hat, hängt wesentlich von ihrem sozialen Umfeld ab. So weist die Gesundheitsberichterstattung des Bundes auf die Rolle der gesamten Lebensbedingungen und der sozialen Teilhabechancen im Zusammenhang von Armut und einer eingeschränkten Gesundheit der Heranwachsenden hin.⁴³

Bildung: Armut macht perspektivlos

Nicht oder gering qualifizierte Personen sind überdurchschnittlich häufiger von Armut bedroht oder betroffen. Arme Familien verfügen aber gerade nicht über die finanziellen Mittel, um über Fort- und Weiterbildungen ihre Position und ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt verbessern zu können. Teure Fort- und Weiterbildungen, Ausfall von Verdienst oder sozialen Transferleistungen und mögliche Kosten für eine Kinderbetreuung werden so zu Hürden für arme Familien im Zugang zu (weiterer) Bildung und verhindern bessere Chancen auf eine qualifizierte Erwerbsbeteiligung, die den Lebensunterhalt sichert. Arme Familien benötigen daher unterstützende erschwingliche Angebote der Fort- und Weiterbildung sowie Bildungsangebote, die eine Rückkehr ins Erwerbsleben nach Erziehungszeiten fördern.

Sind Eltern mit der Alltagsbewältigung und dem zu Rande kommen vollauf beschäftigt, bleibt oft nicht die Kraft oder die Zeit, um die Schulleistungen ihrer Kinder zu kontrollieren. Schulversagen kann so länger unbemerkt bleiben. Da Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen überproportional häufig von Armutsrissen betroffen sind, finden sich unter den armen Familien häufig Eltern mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Ein niedrigeres Bildungsniveau erschwert Eltern die Förderung der Bildungsverläufe ihrer Kinder. Hinzu kommt: Selbst bei gleich hohem Bildungsniveau der Eltern schneiden arme Kinder im Vergleich zu nicht armen Kindern deutlich schlechter in der Schule ab. So wechseln 47 % der Kinder, deren Mutter maximal Hauptschulabschluss hat, auf das Gymnasium aber nur 17 % der Kinder aus armen Familien mit gleicher schulischer Qualifikation der Mutter.⁴⁴ Arme Kinder werden häufiger vom Schulbesuch zurückgestellt und haben bei vergleichbarer Ausgangslage geringere Chancen auf eine reguläre Einschulung als nicht arme Kinder: 69 % der armen Kinder, aber etwa 88 % der nicht armen Altersgenossen werden regulär eingeschult.⁴⁵ Etwa 30 % der armen Kinder bleiben in der Grundschule mindestens einmal sitzen im Kontrast zu nur 8 % der nicht armen Kinder.⁴⁶ Auch besteht die Gefahr, dass Eltern ihre Kinder frühzeitiger von der Schule gehen lassen, damit diese zum Familieneinkommen bei-

⁴⁰ Vgl. Klocke/Lampert 2005, S. 12.

⁴¹ Vgl. Holz 2008a, S. 76.

⁴² Vgl. Klocke/Lampert 2005.

⁴³ Vgl. Klocke/Lampert 2005, S. 17.

⁴⁴ Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer 2006, S. VIII.

⁴⁵ Vgl. Holz 2008a, S. 76.

⁴⁶ Vgl. Holz 2008b, S. 85.

tragen können.

Das Erleben von Erfolg und Leistungsfähigkeit durch gute Schulleistungen und soziale Aktivitäten, die Verantwortung und Kreativität fordern, stellt einen zentralen Faktor für das kindliche Wohlergehen und eine gelingende Entwicklung armer Kinder dar.⁴⁷

Freizeit und Kultur: Armut engt ein

Arme Familien sind von der Teilhabe an Kultur- und Freizeitangeboten häufig aufgrund der geringen finanziellen Mittel ausgeschlossen. Arme Eltern haben zudem kaum Geld, um eine Kinderbetreuung während des Besuchs kultureller Veranstaltungen (z. B. Kinobesuch oder Malkurs) zu bezahlen. Arme Familien benötigen daher Angebote, die erschwänglich Entspannung vom Alltag und kulturelle Erfahrungen bieten sowie Möglichkeiten der Kinderbetreuung während der Teilnahme an diesen Angeboten.

In Armut aufwachsende Kinder und Jugendliche zeigen ein passiveres Freizeitverhalten mit stärkerem Medienkonsum und treiben weniger Sport.⁴⁸ Sie sind auch seltener Mitglied im Sportverein als ihre nicht armen Altersgenossen (36,7 % gegenüber 65 %). Ist die Haushaltslage der Familie angespannt, bleibt kein Geld für den Sportverein, die Kunstschule oder das Erlernen eines Musikinstruments.

Untersuchungen zur kindlichen Bewältigung von Armut zeigen jedoch, dass neben einem positiven Familienklima ein kindzentrierter Alltag und viele gemeinsame Aktivitäten von Eltern und Kindern entscheidende Schutzfaktoren für die kindliche Entwicklung sind.

Soziale Integration und Netzwerke: Armut grenzt aus

Erwachsene in Armutslagen ziehen sich einerseits häufig aus sozialen Kontakten zurück, „damit keiner merkt wie es wirklich steht“. Andererseits entsteht die Gefahr der Überschuldung, wenn versucht wird, alte Konsumgewohnheiten trotz eingeschränkter finanzieller Mittel weiterhin aufrecht zu erhalten. So kann der Mitgliedsbeitrag für den Verein oder die gegenseitige Einladung auf ein Getränk zur Frage der sozialen Integration oder Ausgrenzung werden.

Keine Markenkleider zu tragen und kein Geld für ein passendes Geburtstagsgeschenk oder die Klassenfahrt zu haben, kann zu Ausgrenzungen oder Stigmatisierungen armer Kinder führen und hierüber auch Auswirkungen auf die soziale Integration haben. So erleben Kinder früh, dass ein „Nicht-mithaltenkönnen“ zu sozialer Ausgrenzung führen kann.

Arme Kinder verfügen insgesamt über deutlich weniger soziale, familiale und außerfamiliale Netzwerke und Schutzfaktoren.⁴⁹ Sie suchen beispielweise weniger häufig Kontakt zu anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen und nehmen weniger aktiv am Tagesgeschehen teil.⁵⁰ Arme Kinder sind seltener in Vereinsaktivitäten eingebunden, können seltener andere Kinder nach Hause mitbringen und feiern seltener Geburtstag.⁵¹

Die Integration in Vereine, Freundschaftsgruppen und das Vorhandensein eines besten Freundes bzw. einer besten Freundin wirken sich positiv auf die Bewältigung von Armut und das kindliche Wohlergehen aus.⁵² Über positive soziale Kontakte und Beziehungen können Kinder und Jugendliche Anerkennung und Rückhalt erfahren und Unterstützung bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben erhalten. Ein tragfähiges soziales Netzwerk von Verwandten, Freunden, Bekannten und Nachbarn kann Eltern entlas-

⁴⁷ Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer 2006, S. 155.

⁴⁸ Vgl. Klocke/Lampert 2005.

⁴⁹ Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer 2006, S. V.

⁵⁰ Vgl. Holz 2008a, S. 76.

⁵¹ Vgl. Holz 2008b, S. 79.

⁵² Vgl. Holz/Richter/Wüstendörfer 2006, S. 156.

ten und in der Gestaltung ihres Familienalltags unterstützen.

Arme Familien benötigen insgesamt Angebote, die sie in der Bewältigung der Armutfolgen in den genannten Dimensionen (Grundversorgung, Gesundheit, Freizeit und Kultur, Bildung und soziale Integration) unterstützen. Dabei geht es um eine Förderung der Ressourcen und Kompetenzen armer Eltern und ihrer Kinder mit dem Ziel, familiäre Armut und deren Folgen für alle Familienmitglieder zu vermeiden oder zu reduzieren. Solche Angebote zielen sowohl auf eine Stärkung von Familien in ihrer Verantwortung gegenüber ihren Kindern als auch auf eine Entlastung armer Familien von den armutsbedingten Überlastungen/Überforderungen im Alltag.

C. Inanspruchnahmebarrieren von Familien in Armut für familienunterstützende Dienstleistungen

Sowohl bei Angeboten, die sich direkt an von Armut Betroffene richten, als auch bei Regelangeboten der sozialen Infrastruktur können für arme Familien Inanspruchnahmebarrieren entstehen. Familien-/elternbezogene Unterstützungsangebote und soziale Dienste (z. B. Erziehungsberatung, Familienbildung, Schuldnerberatung) werden von armen Familien seltener als von den übrigen Familien genutzt: Über die Hälfte der armen Familien in der AWO-ISS-Studie nehmen keine sozialen Dienste in Anspruch. Zugangswege zu sozialen Diensten und Unterstützungsangeboten beinhalten Barrieren, die v. a. von Familien mit Migrationshintergrund und bildungsfernen Familien kaum überwunden werden.⁵³ Die Fachkräfte aus den Häusern der Familien nannten eine Reihe von Faktoren und Rahmenbedingungen, die es ihrer Erfahrung nach armen Familien erschweren, Angebote der Information, Alltagshilfe, Bildung und Beratung in den Häusern der Familien aber auch anderer Institutionen zu nutzen:

Arme Familien fühlen sich häufig durch Form der Bewerbung nicht angesprochen

In der Praxis erleben die Fachkräfte, dass die persönliche Ansprache und Werbung für ein Angebot gerade arme Familien stärker zur Teilnahme motiviert als ausgelegte Flyer u. ä.. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage beziehen arme Familien seltener Tageszeitungen oder verfügen über einen Internetanschluss. Eine Bewerbung von Angeboten über diese Medien erreicht daher nicht immer alle Familien, die auch einen entsprechenden Bedarf haben.

Kosten und fehlende Möglichkeiten der Kinderbetreuung verhindern eine Teilnahme an Angeboten

Können Anmelde-/Teilnahmekosten oder das Busticket für die Anfahrt angesichts einer angespannten finanziellen Lage nicht aufgebracht werden, sind Gebühren für Angebote eine generelle Hürde für arme Familien. Aus ähnlichen Gründen verhindert das Fehlen einer kostenlosen Kinderbetreuung während der Teilnahme an Angeboten die Inanspruchnahme, falls sich privat keine kostenlose Betreuung organisieren lässt.

Das Gefühl nicht dazu zu gehören verhindert häufig eine Teilnahme an Angeboten

Gerade Angebote, die Familien für einen gelingenden Familienalltag befähigen können, wie Beratungs- und Bildungsangebote (z. B. der Familienbildung oder der Erziehungsberatung), werden von armen und / oder bildungsfernen Familien häufig deshalb nicht genutzt, weil sie unsicher sind, ob die Angebote hinsichtlich Inhalt, Methoden und Rahmenbedingungen für sie „passend sind“. Die Unsicherheit, sprachlich

⁵³ ebd., S. VIII.

oder inhaltlich nicht folgen zu können oder als nicht zugehörig zum Adressatenkreis empfunden zu werden, verhindert so häufig eine Teilnahme.

Scham und Angst, abgestempelt zu werden, verhindern eine Teilnahme an Angeboten

Gerade Angebote, die sich gezielt an arme Familien richten, wie Kleiderkammern und die Tafeln, können schnell zu ungewollter Stigmatisierung führen, da über die Inanspruchnahme eine „Bedürftigkeit“ dokumentiert und öffentlich gemacht wird. Scham und die Angst bei der Inanspruchnahme solcher Angebote „gesehen“ zu werden, kann arme Familien davon abhalten sich an Tafeln, Kleiderkammern, Schuldnerberatungen und ähnliche Stellen zu wenden, „damit keiner merkt wie es wirklich steht.“

III. Die Häuser der Familien als strukturelle Antwort auf Armut von Familien

Den Ausführungen, wie die Häuser der Familien zur Armutsprävention beitragen können, soll voran gestellt werden, dass Armut – verstanden als eine Form sozialer Ungleichheit, struktureller Benachteiligung und länger dauernder Ausgrenzung – zwar überwiegend als individuelles Schicksal wahrgenommen wird, es sich dabei aber um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. In der öffentlichen Diskussion werden die Auslöser von Armut (zum Beispiel der Tod oder Arbeitsplatzverlust des Familienernährers und der Familienernährerin, Scheidung bzw. Trennung, Geburt von Kindern) häufig mit deren Ursachen verwechselt. Jedoch bilden strukturelle Zusammenhänge und gesellschaftliche Verhältnisse die Voraussetzungen für Verarmungsprozesse, bestimmte Ereignisse im Lebenslauf lösen dann solche Entwicklungen aus oder lassen sie voll zur Wirkung kommen. Entsprechend fordert etwa Segbers: „es muss nach strukturellen Gründen für Armut mitten im Reichtum gefragt werden und es müssen strukturelle Antworten gegeben werden“⁵⁴

Wenn also im Folgenden das Potenzial der Häuser der Familien zur Armutsprävention genauer ausgelotet wird, geschieht dies vor dem Hintergrund, dass die Herstellung von Teilhabegerechtigkeit und Bedingungen eines guten Lebens zuvorderst eine gesellschaftspolitische Aufgabe ist und Armut nur mittels politischer Maßnahmen wirkungsvoll eingedämmt werden kann. Da sich Armut in verschiedenen Lebensbereichen manifestiert, sind auch Maßnahmen in mehreren Politikfeldern – von der Armutsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik bis hin zur Raumplanung, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik – gefordert.⁵⁵

Ergänzend dazu haben auch lokalpolitische und sozialpädagogische Maßnahmen ihre Berechtigung, die ganz grundsätzlich zwei Zielrichtungen verfolgen können.

- (1) Ohne das Armutsphänomen zu pädagogisieren, ist eine der Zielperspektiven lokalpolitischer und sozialpädagogischer Maßnahmen die Verbesserung der individuellen und gruppenspezifischen Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen durch Bildung, Beratung sowie durch angemessene Unterstützungsangebote. (**Bereitstellung bedarfsgerechter Angebote für Familien in Armut**)
- (2) Die andere Zielperspektive trägt der Tatsache Rechnung, dass das Leben und Aufwachsen in sozialen Räumen und kulturellen Kontexten sowie innerhalb einer Infrastruktur von Erziehungs- und Bildungseinrichtungen erfolgt, die armutssensibel und für benachteiligte Familien förderlicher entwickelt werden können. Anders ausgedrückt, geht es darum, das Wohn- und Lebensfeld armer Familien infrastrukturell zu verbessern, lebenswerter und attraktiver zu gestalten sowie die vorhandene soziale Infrastruktur insbesondere die Hilfesysteme für die Bedarfe armer Familien zu sensibilisieren und zu qualifizieren. (**Qualifizierung und Öffnung der Infrastruktur für Familien in Armut**)

Die Häuser der Familien bieten mit ihrem Anspruch und Konzept Anknüpfungspunkte für beide Zielsetzungen. Im Folgenden wird zunächst auf **Maßnahmen und Angebote zur Armutsprävention (A)** eingegangen, die an das Profil der Häuser der Familien anschließen und beide Zielperspektiven aufnehmen. Sodann werden Überlegungen angestellt, **wie Inanspruchnahmebarrieren von Familien in Armutslagen überwunden werden können (B)**. Diese sind für die Häuser der Familien sowohl für die Ausübung ihrer Lotsenfunktion, als auch für die Ausgestaltung von Angeboten für diese Zielgruppe relevant.

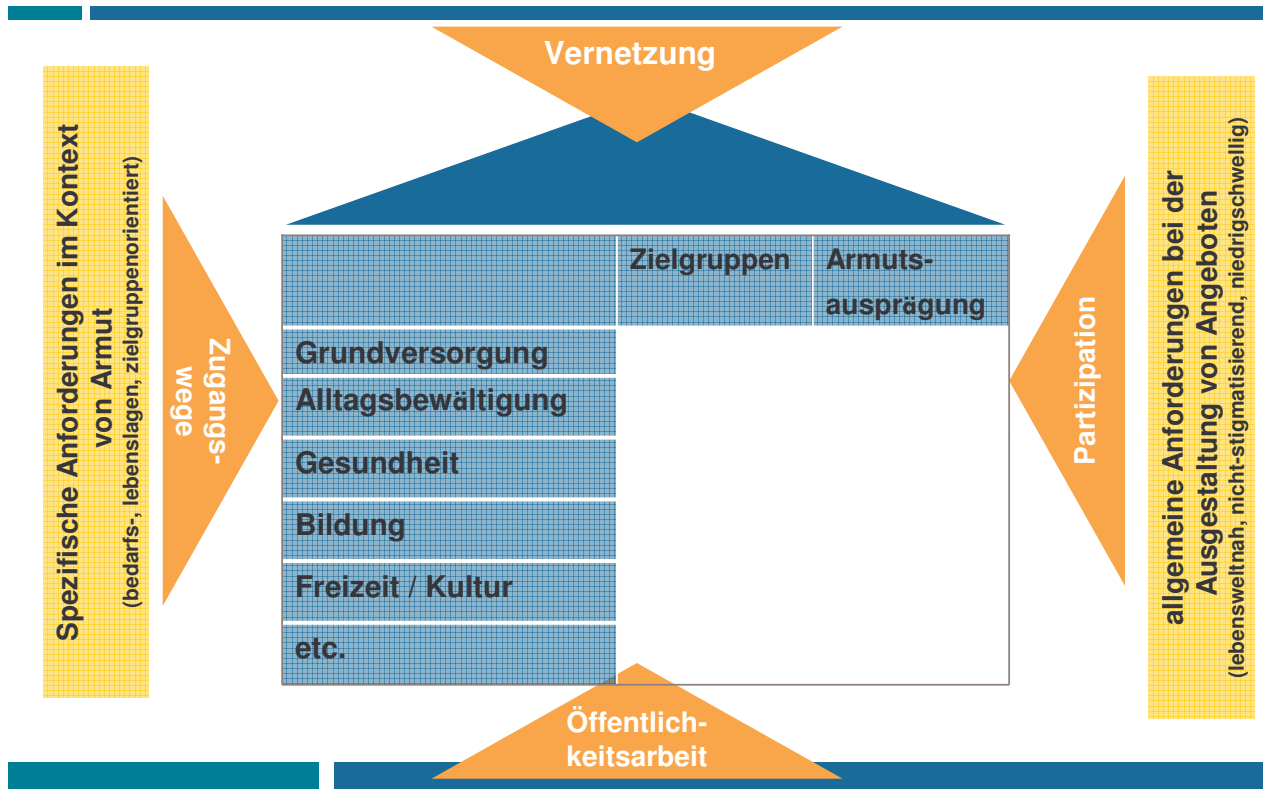
⁵⁴ Segbers 2008, S. 10ff.

⁵⁵ Vgl. Butterwegge 2007, S. 179ff.

A. Maßnahmen und Angebote zur Armutsprävention

Die nachfolgend diskutierten Maßnahmen und Angebote zur Armutsprävention bewegen sich auf der Ebene der lokalpolitischen und sozialpädagogischen Handlungsoptionen. Da Armutsbekämpfung darauf abzielt, Familien in Armutslagen aus der Situation herauszuführen oder zumindest die damit einhergehenden vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen in verschiedenen Lebensbereichen auszugleichen, abzuschwächen und zu mildern, sollen entsprechende Maßnahmen und Angebote entlang der mittels des „Lebenslagenansatzes“ dokumentierten zentralen Mangellagen armer Familien und ihrer Kinder systematisiert werden. Diese müssen mit Blick auf die unterschiedlichen Ausprägungen von Armut – akute Armutsgefährdung, manifeste und extreme Armut – konzeptionell ausgestaltet werden. Des Weiteren ist es unter Präventionsgesichtspunkten geboten, die Maßnahmen und Angebote gezielt auf die Persongruppen zuzuschneiden, die von Armut besonders betroffen bzw. bedroht sind, oder bei breiter angelegten Aktivitäten zu prüfen, ob diese Zielgruppen (Familien mit arbeitslosen Haushaltsvorständen, Ein-Eltern- und kinderreiche Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund) auch angemessen erreicht werden.

Anforderungen an die Konzeption von Maßnahmen und Angeboten der Armutsprävention



1. An der materiellen Grundversorgung ansetzen

Obwohl die staatlichen Transferleistungen (ALG II, Sozialhilfe) sicherstellen sollen, dass ein soziokulturelles Existenzminimum im Falle von Einkommensarmut garantiert ist, dokumentiert die wachsende Zunahme und Nutzung von Lebensmittelvergabestellen (Tafeln), Essensausgaben, Sozialkaufhäusern und Kleiderkammer, dass die grundlegenden Bedürfnisse, wie Essen, Kleidung etc. immer häufiger nicht ausreichend befriedigt werden können. Angebote und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Grundversorgung zu verbessern, helfen zwar zunächst einmal bei der alltäglichen und praktischen Bewältigung von Armut, tragen aber – dies ist auch einer der zentralen Kritikpunkte an den Tafeln – letztendlich zu einer Stabilisierung und Legitimierung der „staatlich verordneten Unterversorgung“⁵⁶ bei. Zusätzlich zur Verstetigung und Normalisierung von Armut im praktischen wie im ethischen und politischen Sinne wird von Tafelkritikern auch auf die negativen Folgen für das Selbstbild der Betroffenen hingewiesen. Durch die bloße Ausgabe von Lebensmitteln, Kleidung oder Essen würden die Bedürftigen nicht nur in ihrem elementaren Bedürfnis nach autonomem Handeln nicht unterstützt, sondern machten auch stetige Erfahrungen der Hilfsbedürftigkeit, Ausgrenzung und des Versagens.⁵⁷

Daraus ergeben sich für die Konzeption von Maßnahmen und Angeboten in den Häusern der Familien, die an der unzureichenden „Grundversorgung“ von Familien in Armutslagen anknüpfen, folgende Grundprinzipien, die es zu berücksichtigen gilt:

1. Eröffnung neuer nicht-stigmatisierender Zugänge zu materiellen / sozialen Ressourcen
2. Verknüpfung von Alimentierung mit Beratung und Bildung
3. Aktivierung von Selbsthilfe

1.1 Eröffnung neuer nicht-stigmatisierender Zugänge zu materiellen / sozialen Ressourcen

Die Häuser der Familien haben den Anspruch durch die Bereitstellung von Alltagshilfen Familien generell in der Bewältigung von Familienaufgaben zu unterstützen. So vielfältig wie die zu bewältigenden Familienaufgaben ist auch das Spektrum an Alltagshilfen, die die Häuser der Familien erbringen können:

- Mahlzeiten im Haus (Frühstücksangebote, Pausenbrotausgabe, Mittagstisch) oder Bringdienste für Mahlzeiten;
- Haushaltshilfen vom Einkaufsservice bis zur Gartenpflege;
- Kinder- und Seniorenbetreuung;
- Hausaufgabenhilfe und Ferienangebote;
- Kreativ- und Freizeitangebote;
- Veranstaltungsservice.

Einige dieser Alltagshilfen haben die unmittelbare Funktion zur Sicherung der Grundversorgung beizutragen, andere wiederum zielen darauf ab, die Haushaltsführung, die Freizeitgestaltung oder bestimmte Erziehungsaufgaben (wie Hausaufgabenbetreuung) zu unterstützen.

Anders als etwa die Tafelprojekte sind die Alltagshilfen als „alltägliche familienunterstützende Dienstleistungen für souveräne Bürgerinnen und Bürger“ angelegt, deren Inanspruchnahme keinen besonderen Bedürftigkeitsnachweis verlangt. Dies bedeutet auch, dass die Rahmenbedingungen und Formen der

⁵⁶ Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes belegen, dass ALG II und Sozialhilfe weder vor Armut, schützen noch das soziokulturelle Existenzminimum garantieren (vgl. Martens 2004)..

⁵⁷ Selke 2009, S. 282.

Werbung für die Alltagshilfen so zu gestalten sind, dass deren Nutzung nicht durch bürokratische, finanzielle, zeitliche oder räumliche Hürden erschwert wird oder stigmatisierenden Charakter hat.

Über die Bereitstellung von Alltagshilfen eröffnen die Häuser der Familien also jetzt schon für Familien in Armutslagen neue nicht-stigmatisierende Zugänge zu materiellen Ressourcen (etwa in Form von preiswerten oder kostenlosen Mahlzeiten, Hausaufgabenhilfen, Ferienangeboten). Da Alltagshilfen in einigen Häusern der Familien auch durch den Aufbau von Tauschringen oder -börsen organisiert werden, tragen sie über die so entstehenden Kontakte und Beziehungen auch zur Erschließung von sozialen Ressourcen bei. Damit die Alltagshilfen allerdings ihr Potenzial zur Armutsbekämpfung entfalten, müssen die Häuser der Familien sicherstellen, dass diese Angebote tatsächlich auch von Personen in Armut genutzt werden. Dazu sind die zuvor analysierten Inanspruchnahmebarrieren gezielt abzubauen, womit sich Kapitel III.B ausführlich beschäftigt.

Über die gezielte Erschließung der Alltagshilfen für Familien in Armutslagen hinaus gibt es aus der Praxis der Häuser der Familien auch Beispiele für spezielle Maßnahmen, die ausschließlich auf die Verbesserung der Grundversorgung dieser Zielgruppe gerichtet sind. Solche Maßnahmen können punktuell durchaus sinnvoll sein, sollten jedoch so konzipiert und ausgestaltet werden, dass Stigmatisierungsprozesse vermieden werden und sie in ein weites Spektrum von Angeboten und Maßnahmen einer nachhaltigeren Armutsbekämpfung eingebunden sind.

1.2 Verknüpfung von Alimentierung mit Beratung und Bildung

Eine zentrale konzeptionelle Anforderung an die Häuser der Familien ist es, Alltagshilfen mit Bildungs- und Beratungsangeboten „unter einem Dach“ klug zu verbinden, um dadurch die Zugänge für Familien zu solchen Angeboten und Diensten zu erleichtern. Mit Blick auf die Armutsbekämpfung gewinnt dieses Prinzip besondere Relevanz. Obwohl Armut für die betroffenen Menschen mehr bedeutet als unter ökonomischen Zwängen zu leben, ist die tagtägliche Gestaltung des Alltags und das Versorgen eines Haushaltes mit sehr eingeschränkten finanziellen Mitteln („Kampf um die Ausgaben“) die Dimension von Armut, die das Leben und Erleben von Familien in Armut maßgeblich bestimmt. So erklären sich auch Erfahrungen aus dem Teilnehmerkreis der AG „Armut“, wonach Angebote, die nicht auf Alimentierung – also die Unterstützung mit Geldmitteln oder geldwerten Leistungen – abzielen, schlecht angenommen werden. Allgemeiner gedeutet, ist für die Inanspruchnahme von Angeboten und Diensten durch Familien in Armut entscheidend, dass sie von unmittelbarem Nutzen sind und dieser Nutzen nicht zuletzt an dem Beitrag zu Bewältigung der materiellen Mangellagen und zur Erleichterung der Alltagsbewältigung gemessen wird. Die Alltagshilfen als ein Teil des Leistungsspektrums der Häuser der Familien haben demnach gerade für die Zielgruppe der Familien in Armut eine wichtige Anreizfunktion. Sie können als „Zugpferd“ fungieren und motivieren das Haus der Familie aufzusuchen und seine Angebote zu nutzen.

Praxisbeispiel aus den Häusern der Familie: Wunschbaumaktion

Bei der Wunschbaumaktion werden Weihnachtswünsche von Familien in prekären Lebenslagen seitens der Fachkräfte in den sozialen Diensten gesammelt und anonym an Weihnachtsbäumen in Kirchen und anderen Orten befestigt. Personen, die gerne etwas spenden wollen, nehmen die Wunschsterne von den Bäumen und geben das entsprechende Weihnachtspresent in Kirchen und anderen Einrichtungen ab. Über einen anonymisierten Code werden die erfüllten Wünsche dann wieder den Familien zugeordnet und ihnen zugeleitet.

Wichtig ist dann aber, solche auf Alimentierung abzielenden Angebote – in eigenen Haus oder in der Kommune - gezielt mit Angeboten der Beratung, Bildung und Selbsthilfe / Selbstorganisation zu verknüpfen, um so die Befähigung ebenso wie die Selbstaktivierung und die soziale Teilhabe von Personen in materiell prekären Lebenslagen zu stärken.

Dies entspricht vom Grundsatz her der Position der Wohlfahrtsverbände bezüglich ihrer Trägerschaft und Beteiligung an der Lebensmittelausgabe, die in dem Konzept „Tafel plus Beteiligungsrechte“ konkretisiert wird. In dieselbe Richtung weist auch das Papier „Tafel plus“, das im Diözesan-Caritasverband Trier als Empfehlung für die Träger von kirchlichen und verbandlichen Tafelprojekten formuliert wurde.

Aus diesen konzeptionellen Überlegungen und den Praxiserfahrungen der Häuser der Familien lassen sich folgende Hinweise ableiten, wie die Verbindung von Alimentierung und Befähigung konkret umgesetzt werden kann:

- **Hauseigene Alltagshilfen, Ausgabestellen von Lebensmitteln, Kleiderkammern etc. anderer Träger gezielt als Plattform für Werbung und persönliche Ansprache nutzen**, um auf weiterführende Hilfen – Beratungsdienste, Bildungsangebote, interessante Aktivitäten und Projekte – aufmerksam zu machen sowie Personen gezielt zu informieren und zu interessieren. Neben Aushängen, Handzetteln und Flyern ist insbesondere die direkte persönliche Ansprache erfolgversprechend. Dazu sollten die Beraterinnen und Berater bzw. die Verantwortlichen für weiterführende Hilfen Gelegenheit erhalten, sich im Rahmen der hauseigenen Alltagshilfen persönlich vorzustellen oder direkt an deren Durchführung zu beteiligen. Möglichkeiten der Präsenz sollten seitens des Hauses der Familie auch über die Kooperation mit den betreffenden Pfarrgemeinden, Verbänden und Vereinen in den vor Ort vorhandenen Lebensmittelausgabestellen, Kleiderkammern gesucht werden. Ggf. ist die zeitweise Anwesenheit am Ausgabetag oder sind Einzelaktionen in den Räumlichkeiten etwa der Tafel möglich. Ziel dabei ist es, in den direkten persönlichen Kontakt mit den Betroffenen zu treten und Vertrauen als wesentliche Inanspruchnahmevoraussetzung herzustellen.
- **Bildungs- und Beratungsangebote zeitlich und inhaltlich auf Alltagshilfen und Alimentierungsangebote abstimmen**. Die zeitliche Abstimmung kann in Form paralleler Veranstaltungen bzw. Sprechzeiten erfolgen. So finden in einigen Häusern der Familien die Sprechstunden der Allgemeinen Sozialberatung bzw. der Schuldnerberatung zur gleichen Zeit wie die Lebensmittelausgabe der örtlichen Tafel oder das Treffen einer internen Arbeitslosengruppe statt.

Konzept der Wohlfahrtsverbände „Tafel plus Beteiligungsrechte“⁵⁸

Ziele:

- (1) Lebensmittelausgabe plus Beratungsarbeit und weiterführende Hilfen, professionelle Hilfen
- (2) Lebensmittelausgabe plus aktivierende Strategien wie Empowerment oder Community Organizing der Betroffenen
- (3) Lebensmittelausgabe plus sozialpolitische Vertretung.

⁵⁸ Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz 2010b, S. 313f.

- Die Möglichkeiten der inhaltlichen Abstimmung sind vielfältig. An Alltagshilfen, wie preiswerte bzw. kostenlose Mahlzeiten, Lebensmittelausgabe, können Bildungs- und Beratungsangebote zu den Themen Gesundheit, Ernährung, Haushalten und Wirtschaften angeschlossen werden. Ein Beispiel dafür ist die Durchführung von Kochkursen oder die Zusammenstellung von Kochrezepten für Tafelkundinnen und -kunden. In Verbindung mit Hausaufgabenbetreuung oder Nachhilfe als Alltagshilfen bieten sich Informations- und Beratungsangebote zum Schulsystem, Schulreife, Lernen für die betroffenen Eltern an. Gerade Kreativ- und Freizeitangebote können über das gemeinsame Interesse an einer Aktivität oder einem Gegenstand mit der Zielsetzung verbunden werden, neue soziale Beziehungen – über das originäre und primäre Netzwerk hinaus - zwischen Familien und Einzelpersonen („Brückenkapital“⁵⁹) zu stiften.
- **Anreize für die Inanspruchnahme von Angeboten schaffen.** Wenn die Angebote und Maßnahmen nicht per se materielle oder praktische Unterstützung versprechen, kann über Gutscheine und Bonusregelungen sowie über das anvisierte Ergebnis (wie bei sog. Selbstmacherprojekten) gezielt ein unmittelbarer Nutzen für die Zielgruppe gestiftet werden. Dabei ist nicht nur an materielle, sondern auch an psycho-soziale Motivatoren (Gefühl gebraucht zu werden, Anerkennung zu erfahren) zu denken.
- **Kooperationen mit Trägern und Betreibern von Essens- und Lebensmittelausgabestellen, Sozialkaufhäusern, Kleiderkammern etc. gestalten.** Die Häuser der Familien können und sollen ihr Angebotsspektrum vorrangig über Kooperationen realisieren. Um Familien in Armutslagen zu erreichen und in Anbetracht des stetig wachsenden Zulaufs von beispielsweise Lebensmittelausgabestellen, ist die Zusammenarbeit mit Trägern und Betreibern von Tafeln, Sozialkaufhäusern wichtig, um „Alimentierung mit Befähigung“ zu verbinden.

Praxisbeispiel „Warme Stube plus“ des Caritas-Verbandes Betzdorf

Für die Tafelkundinnen und -kunden wurde eine Bildungswerkstatt eingerichtet, die inzwischen vielfältige Bildungsangebote umfasst. Begonnen wurde mit einem Angebot zur Stärkung der hauswirtschaftlichen Kompetenzen („finanziell fit). Entlang der deutlich werdenden Bedarfe wurde dann das Themenspektrum sukzessiv ausgeweitet, so dass inzwischen ein umfangreiches Programmheft entstanden ist. Als Referent/innen konnten Berater/innen, Therapeut/innen, Grundschullehrer, Krankenkassen gewonnen werden.

⁵⁹ Lutz 2007, S. 191.

Berichten aus den Häusern der Familien zufolge stellt sich die Zusammenarbeit mit den Tafeln jedoch sehr ambivalent dar. Obwohl der Name „Tafel“ als eingetragenes Markenzeichen durch den Bundesverband Deutsche Tafel e. V. rechtlich geschützt ist und bei Nichteinhaltung der Tafelgrundsätze die Aberkennung des Namens „Tafel“ erfolgen kann⁶³, ist die Unterschiedlichkeit der Tafeln groß. Die einzige Gemeinsamkeit besteht – wie die Vorsitzende der Berliner Tafel e. V. Sabine Weth es in einem Interview formuliert – darin, dass alle Tafeln Lebensmittel sammeln und sie verteilen⁶⁴. Über diese Kernaufgabe hinaus unterscheiden sich die Tafeln in der Organisation der konkreten Ausgabe- und Bezahlpraxis – einige Tafeln haben mittlerweile ein Verkaufssystem in Form eines Ladens mit ausgepreisten Waren eingerichtet – bis hin zur ihrer inhaltlichen Ausdifferenzierung und Breite des Angebots. Während viele Tafeln neue Angebote wie Kindertafeln, Schultafeln, Kinder- und Jugendrestaurants etc. schaffen oder sich – wie es die oben genannten Konzepte der Wohlfahrtsverbände fordern – weiterführenden Hilfen öffnen, gibt es andere, die die Grundidee radikal umsetzen und Veränderungen ablehnen⁶⁵. Je nach Trägerschaft und Ausrichtung der örtlichen Tafel werden die Häuser der Familien auf eine unterschiedliche Bereitschaft und Offenheit für Kooperationsvorhaben treffen. Widerstand bzw. Skepsis kommen dabei nach Erfahrungsberichten häufig von den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln. Einer kritischen Analyse von Selke zufolge werden die ehrenamtlichen Helfer oder Ein-Euro-Jobber dadurch, dass das Angebot der Tafeln umfangreicher und komplexer wird und immer mehr der Sozialarbeit ähnelt, in eine Rolle gedrängt, die sie zu überfordern droht. Außerdem wäre für viele ehrenamtlich Engagierte gerade die einfache und zudem alte, in der Tradition der christlichen und bürgerlichen Ernährungsfürsorge stehende Idee der Umverteilung von Lebensmittel attraktiv, da sie „demonstrative Hilfsbereitschaft und inszenierte Solidarität“⁶⁶ ermögliche.

Tafeln in Deutschland

Tafeln sammeln unverkäufliche Lebensmittel bei Lebensmittelpendern und verteilen diese an sozial und wirtschaftlich Benachteiligte – kostenlos oder zu einem symbolischen Betrag. Nach aktuellen Angaben des Bundesverbandes (Stand 2010) versorgen die deutschen Tafeln regelmäßig ca. 1.000.000 bedürftige Personen, davon 23,5 % Kinder und Jugendliche, 64,2 % Erwachsene im erwerbsfähigen Alter (v. a. ALG-II- bzw. Sozialgeld-Empfänger, Spätaussiedler und Migranten) und 12,3 % Rentner.⁶⁰

Die Idee der Tafeln wurde durch die Initiative einiger engagierter Frauen in Deutschland eingeführt. Das Projekt „City Harvest“ in New York avancierte zum Vorbild der 1993 in Berlin gegründeten ersten deutschen Tafel.⁶¹ Die Tafeln verbreiteten sich rasch, ihre Zahl stieg von sieben im Jahr 1994 auf heute über 800 Tafeln bundesweit.⁶² Knapp die Hälfte sind eigenständige Vereine, die übrigen Tafelprojekte befinden sich in Trägerschaft der verschiedensten gemeinnützigen Organisationen.

⁶⁰ Quelle: www.tafel.de

⁶¹ Weth 2009, S. 251ff.

⁶² Quelle: www.tafel.de

⁶³ Quelle: www.tafel.de

⁶⁴ Weth 2009, S. 251ff.

⁶⁵ Weth 2009, S. 256.

⁶⁶ Selke 2009, S. 273ff.

1.3 Aktivierung von Selbsthilfe

Die Nutzung und Förderung der Selbsthilfe- und Gestaltungspotenziale von Familien ist ein zentrales Qualitätsmerkmal der Häuser der Familien, das in den Zielen und konzeptionellen Kernelementen verankert ist. So ist explizites Ziel der Häuser der Familien, die Kommunikation und Selbsthilfe zu fördern, indem die Nutzerinnen und Nutzer sich je nach Interesse und Möglichkeit in die Gestaltung des Hauses einbringen können. Die Aktivierung ehrenamtlicher Mitarbeit ist nicht nur ein weiteres zentrales Ziel der Häuser der Familien, es ist zugleich ein wesentliches Arbeitsprinzip, denn ein Haus der Familien kann in seiner anvisierten Breite und Vielfalt von Angeboten und Aktivitäten nur durch das ehrenamtliche Engagement von interessierten Bürgerinnen und Bürgern realisiert werden. Das Haus der Familie als „neues“ Engagementfeld und als Plattform für Kommunikation, Selbsthilfe und Selbstorganisation von Familien will also einen Handlungskontext bieten, der gerade Personen in Armutslagen Erfahrungen der Selbstwirksamkeit und der Teilhabe ermöglicht sowie Erfolgserlebnisse vermitteln und Anerkennung geben kann. Dazu sind Angebote, Maßnahmen und Aktivitäten so zu konzipieren, dass die Zielgruppe selbst umfassend beteiligt wird.

Folgende **Beteiligungsstrategien** wurden im Austausch mit den Häusern der Familien identifiziert:

⇒ Einbindung von Einzelpersonen in die Gestaltung und den Betrieb des Hauses der Familie, indem ihnen verbindliche Aufgaben von einzelnen Tätigkeiten bis hin zur Durchführung eigener Angebote übertragen werden.

Folgende Personalformen sind möglich:

- Sozialversicherungspflichtige Arbeiternehmerinnen und -nehmer
- Geringfügig Beschäftigte (Minijob)
- Maßnahmekräfte
- Honorarkräfte
- Freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufwandsentschädigung, Übungsleiterpauschale etc.

Inwieweit der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern als Strategie zur Beteiligung und Aktivierung von Menschen in Armut wirksam ist, wurde von Vertretern und Vertreterinnen der Häuser der Familien kontrovers beurteilt. Laut einer Bestandserhebung waren bereits im Oktober 2008 in 1/3 der Häuser der Familien Ein-Euro-Jobber beschäftigt. Bei der Schaffung von Ein-Euro-Jobs steht sicherlich das Motiv im Vordergrund, darüber das Personalaufkommen, das zu einem großen Teil aus ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besteht, um zusätzliche Kräfte mit einem höheren Grad an Verbindlichkeit zu erweitern.

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (Ein-Euro-Jobs)

Im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende wurden für Personen, die Arbeitslosengeld II beziehen, die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen, sogenannte Ein-Euro-Jobs geschaffen. Damit soll Arbeitslosen die Möglichkeit gegeben werden, zum AGL II etwas hinzuverdienen und am Arbeitsleben wieder aktiv teilnehmen zu können. Erklärtes Ziel ist es, durch die Beschäftigung den Weg in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis zu finden.

Dem Ein-Euro-Jobber wird als Zuschuss zum Arbeitslosengeld II eine Aufwandsentschädigung zum Beispiel ein Euro pro Stunde gezahlt. Die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung wird wie bisher von der Bundesagentur für Arbeit entrichtet. Die Einrichtung wird für ihren Aufwand mit der Schaffung des Ein-Euro-Jobs ebenfalls finanziell entschädigt.

Eine der wichtigsten Voraussetzung für den Einrichtung von Ein-Euro-Jobs ist, dass die auszuführenden Arbeiten zusätzlich, im öffentlichen Interesse und wettbewerbsneutral sein müssen. Die maximale Arbeitszeit beträgt 30 Stunden pro Woche; in der Regel dauert die Beschäftigung 6 bis 9 Monate. Die Förderungsbewilligung für den Ein-Euro-Job obliegt der Bundesagentur für Arbeit, die Leistungen sind vor Beginn der Maßnahme beim Träger der Grundsicherung (ARGEn) zu beantragen.

Rechtsgrundlage ist das SGB II § 16

Allerdings wird auch der Integrationsauftrag gesehen, den betroffenen arbeitslosen Personen die Eingliederung in das Arbeitsleben zu ermöglichen und notwendige berufsbezogene Qualifikationen zu vermitteln. Soll beides gelingen, so haben sich zwei Faktoren als besonders relevant erwiesen. (1) Die Auswahl geeigneter Personen und deren passgenauer Einsatz entlang ihrer eigenen Fähigkeiten und Interessen sowie (2) die enge Begleitung der Ein-Euro-Jobber. Von Vorteil ist in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Diensten wie dem Verein „Neue Arbeit im Diakonischen Werk der ev. Kirchenkreise Birkenfeld und St. Wendel e. V.“, die sich auf die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II und die begleitende Qualifizierung für die Ein-Euro-Jobs spezialisiert haben. Da im Falle der Ablehnung eines angebotenen Ein-Euro-Jobs das Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann, liegt dem Einsatz als Ein-Euro-Jobber im Haus der Familie nicht unbedingt das freiwillige Engagement und Interesse der Betroffenen zugrunde. Als Beteiligungsstrategie verstanden, gilt es den Zwangscharakter des Ein-Euro-Jobs kritisch zu reflektieren und offensiv mit den Betroffenen zu thematisieren.

- ⇒ Projekte und Aktivitäten als „Selbstmacherprojekte“ anlegen, die nur über die Mithilfe aller Beteiligten zu realisieren sind, z. B. Gestaltung von Räumlichkeiten oder des Außengeländes, Organisation von Events wie Freilichtkino etc.
- ⇒ Angebote der Begegnung, des Austauschs und der wechselseitigen Unterstützung (Eltern-Kind-Gruppe, Arbeitslosengruppe etc.) sukzessiv in die Durchführungsverantwortung der Nutzerinnen und Nutzer übergeben. Dazu müssen interessierte Personen gezielt als Verantwortliche aufgebaut und unterstützt werden.

Diese konkreten Beteiligungsstrategien sind einzubetten in eine **Haltung des Respekts und der Anerkennung der Nöte und Bewältigungsleistungen der Betroffenen**. Erst eine solche Haltung gewährleistet, dass individuelle Bedürfnisse und Fähigkeiten in den Blick geraten, die gezielt bei den oben genannten Strategien aufgegriffen werden können. Um eine solche Haltung zu kultivieren, ist der persönliche Kontakt zu Familien in Armut und das Kennenlernen ihrer spezifischen Lebensumstände gezielt herzustellen und der Konzeption konkreter Angebote voran zu stellen. Besonders wichtig ist es, von Stereotypen Abstand zu nehmen und sich auf die Begegnung und das direkte Gespräch mit den Betroffenen einzulassen. Neben der Präsenz in Einrichtungen und an Orten, die von den Betroffenen regelmäßig frequentiert werden, ist die Zusammenarbeit als Haus der Familie mit Gemeinwesenprojekten und Initiativen sinnvoll, die in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ tätig sind. Über eine solche Zusammenarbeit kann der notwendige persönliche Zugang zu der Zielgruppe hergestellt, sowie Wissen und Erfahrung über die konkreten Bedarfe im Austausch mit den Betroffenen und den Kooperationspartnern erworben werden.

2. An den Armutsfolgen ansetzen

Ausgehend von der empirischen und theoretischen Erkenntnis, dass arm sein mehr bedeutet als kein Geld zu haben, gilt es bei der Ausgestaltung von Angeboten und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung die Mehrdimensionalität von Armut bzw. die Unterversorgung in unterschiedlichen Lebensbereichen in den Blick zu nehmen. Entsprechend können die vielfältigen Mangellagen und Benachteiligungen als Ansatzpunkte für die Angebots- und Maßnahmenplanung in den Häusern der Familien genommen werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die einzelnen Lebensbereiche verschränkt sind und Wechselwirkungen zwischen allen Bereich der Lebensgestaltung bestehen.

So geht eine längere Dauer von Einkommensarmut in Familien mit einer Verschlechterung der Wohnsituation einher, die Qualität der Versorgung nimmt ab, der Gesundheitszustand der Eltern und Kinder wird durch Mangelernährung und Stress beeinträchtigt und die Motivation, die Armut zu überwinden, schwindet ebenso wie das Gefühl der Ohnmacht und Unzulänglichkeit wächst.

Betrachtet man die Lebensbereiche Haushalt, Familie, Gesundheit, Bildung, Freizeit, Kultur und soziale Integration, so weisen Armutsforschung und Erfahrungsberichte von Betroffenen und Fachkräften Hinweise auf folgende – hier tabellarisch zusammengestellte – häufige Mangellagen von Familien in materiell prekären Lebenslagen hin.

Lebensbereich	Assoziierte Mangellagen als Ansatzpunkte für Angebote und Maßnahmen
Haushalt	<ul style="list-style-type: none"> • erhöhter Bedarf an Handlungskompetenzen, da <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Ressourcen und Spielräume enger bemessen sind (diszipliniertes Haushalten) ⇒ Risiken in Entscheidungen größer und die Möglichkeiten, Fehlentscheidungen zu kompensieren, geringer werden • größere Gefahr der Ver- und Überschuldung • geringeres hauswirtschaftliches Wissen und Haushaltsführungskompetenzen
Familie	<ul style="list-style-type: none"> • häufige Vergleichsgültigung im familiären Alltag und negatives Familienklima • weniger Raum und Zeit für die Kinder sowie für gemeinsame Familienaktivitäten • Beeinträchtigung der Elternfunktion durch Überforderung
Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> • stärkeres Betroffensein von gesundheitsgefährdenden Faktoren wie <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Rauchen ⇒ Übergewicht ⇒ Mangel an sportlicher Betätigung ⇒ unausgewogenen bzw. ungesunde Ernährung ⇒ physische und psychische Arbeitsbelastung ⇒ beengte Wohnbedingungen ⇒ Lärm und Luftverschmutzung in der Wohnumgebung • verminderte Inanspruchnahme gesundheitlicher Versorgung und Vorsorge <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Früherkennung und Vorsorgeuntersuchungen ⇒ Gesundheitspräventive und prophylaktische Maßnahmen • Informationsdefizite hinsichtlich <ul style="list-style-type: none"> ⇒ Risikoverhalten und Bewältigung gesundheitlicher Probleme ⇒ Gesundheitsförderung ⇒ gesundheitliche Regelversorgung ⇒ Bedarfe von Kinder und Jugendlichen und besondere Fördermöglichkeiten ⇒ Rechte und Ansprüche⁶⁷

⁶⁷ Vgl. Richter 2005, S. 201ff.

Lebensbereich	Assoziierte Mangellagen als Ansatzpunkte für Angebote und Maßnahmen
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • häufiger Defizite im Sprach-, Spiel- und Lernverhalten bei Kindern • mangelnde Lernanreize in Familie und Umfeld • Ausgaben für Bildung werden reduziert (Schulmaterial, Klassenfahrten etc.) • verminderte Inanspruchnahme von besonderen Fördereinrichtungen und Nachhilfe • Überforderung und Hilflosigkeit bei der schulischen Unterstützung der Kinder • fehlendes Interesse an / Wissen über den schulischen Bildungsweg • schlechtere Schulleistungen und schulische / berufliche Platzierungschancen • verminderte Inanspruchnahme von Fort- und Weiterbildungen
Freizeit, Kultur und soziale Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Wohnen in benachteiligten, infrastrukturell schlecht ausgestatteten Quartieren • Verzicht auf Kultur- und Freizeitangebote, weil Eintritte, Gebühren oder die Anreise nicht bezahlt werden können • passive Nutzung elektronischer Medien, insbesondere Fernsehen • fehlende Regenerations- und Mußeräume • Kultur hat keine Wertigkeit • Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben • geschlossene familiäre Systeme • Stigmatisierungserfahrungen und sozialer Rückzug • fehlende informelle Unterstützung • „Schlechte Sozialräume“, negative Peer-groups • fehlender geeigneter Wohnraum für soziale Kontakte • wenig Raum, die Persönlichkeit zu entfalten, beengte Wohnverhältnisse

Wie Armut sich aber tatsächlich darstellt, ist je nach Problemkonstellation, Bewältigungsstrategien, Ressourcen, Rahmenbedingungen und der Verweildauer in Armut, verschieden. Auch wenn die Unterscheidung entlang der Dauer und Tiefe der bestehenden Armutslagen (Armutgefährdung, extreme und manifeste Armut) ein hilfreicher erster Zugang darstellt, müssen für konzeptionelle Überlegung zur Prävention und Hilfe wegen der Verschiedenartigkeit des konkreten Hilfebedarfs die Lebenslagen der als Zielgruppen anvisierten bzw. erreichten Familien differenziert erfasst werden.

2.1 Handeln mit Blick auf Mangellagen im Bereich Haushalt

Mit den Leistungsbereichen Beratung, (Familien-)Bildung, Alltagshilfe und Information sind die Häuser der Familien prädestiniert, die Maßnahmen und Angebote zur Armutsprävention gezielt auf die Stärkung der Haushaltsführungskompetenzen auszurichten.

Die **Stärkung von Haushaltsführungskompetenzen** kann durch Wissen- und Kompetenzerweiterung erfolgen. Zentrale Themenbereiche, die in Unterstützungsangeboten aufgegriffen werden können, sind

- Umgang mit Geld (Finanzierungsmanagement und Budgetverwaltung);
- Kaufverträge, Versicherungen, Kredite;
- wirtschaftliches Haushalten;

Mögliche Kooperationspartner

- Verbraucherzentralen
- Schuldnerberatungsstellen
- Krankenkassen
- Familienbildungsstätten, VHS

- Organisation, Planung und Entscheidungsfindung in der Familie;
- gesundheitsfördernde Ernährung und Nahrungszubereitung

Entsprechend der Erkenntnisse der Armuts- und Haushaltsforschung sind bei der Ausgestaltung von Unterstützungsangeboten zur Stärkung der Haushaltsführungskompetenzen zwei Aspekte besonders zu berücksichtigen.

(1) An den individuellen bzw. haushaltsspezifischen Bewältigungsstrategien im Alltag ansetzen

Die dynamische Armutforschung hat die Notwendigkeit betont, Armut differenziert zu betrachten und in der Konsequenz zielgruppenorientierte und passgenaue Konzepte zu erarbeiten. Dies bedeutet, dass die Vermittlung von hauswirtschaftlichem Wissen in der Regel nicht ausreicht. Bei der Stärkung der Haushaltsführungskompetenzen muss die alltägliche Haushaltsführung der betreffenden Haushalte ebenso wie die spezifischen Bewältigungsstrategien der Mitglieder (Umgang mit Geld, Behörden) den Dreh- und Angelpunkt bilden.⁶⁸

Deshalb ist bei der Übernahme von „fertigen“ Bildungsprogrammen und Beratungsangeboten von Seiten der Häuser der Familien zu prüfen, inwieweit hierbei an den vorhandenen Kompetenzen der Familien angesetzt wird oder überwiegend mittelschichtorientierte Maßstäbe angelegt werden, in deren Lichte diese defizitär erscheinen. Gute Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit Tafelkundinnen und -kunden wurden von einzelnen Häusern der Familien mit dem Curriculum des Projektes „finanziell fit“ gemacht, das vom Schuldnerfachberatungszentrum an der Universität Mainz als Bildungsangebot für junge Menschen unter 25 Jahren entwickelt und inzwischen unter dem Namen „finanziell fit – familie“ für die Zielgruppe Familien modifiziert wurde.

Gerade die in den Häusern der Familien verbreitete Integration von sogenannter alltagsnaher Beratung zu vielfältigen Themen wie etwa Recht, Gesundheit etc., die in der Regel von ehrenamtlichen Expertinnen und Experten oder kompetenten „Laien“ erbracht wird, bietet eine Möglichkeit, diverse, auch schambesetzte, Themen und Fragen quasi nebenbei anzusprechen. Sind solche Beratungsangebote während anderer Aktivitäten (Kreativangebote, Arbeitslosenfrühstück etc) verfügbar oder integriert, so können sie scheinbar beiläufig auch von jenen Personen „mitgenommen werden“, die psycho-sozialen Beratungsangeboten eher skeptisch gegenüber stehen und Angst davor haben, Einblicke in ihre Situation zu geben.

Projekt „finanziell fit“ des Schuldnerfachberatungszentrums der Universität Mainz

Die Bildungsangebote „finanziell fit“ und „finanziell fit – familie“ verstehen sich als Angebote der sekundären Überschuldungsprävention und setzen zu einem Zeitpunkt an, an dem sich junge Menschen und Familien in einer zumindest potentiellen Krise befinden und Lernbedarf haben. Sie zielen darauf, das Wissen und die Handlungskompetenzen in den drei Bereichen

- Entwicklung wirtschaftlicher Planungskompetenz,
- Finanzkompetenz,
- Entwicklung persönlicher Krisenbewältigungskompetenz

zu stärken und zu erweitern. Das Curriculum setzt sich aus vier Modulen zusammen, die aus jeweils vier zweistündigen Veranstaltungen sowie einen Abschlusstag bestehen.

Weitere Informationen sind unter www.finanziell-fit.de abrufbar.

⁶⁸ Vgl. Meier 2002, S. 140.

(2) Angebote haushaltsexterner Anbieter und soziale Netzwerke im Umfeld der Betroffenen erschließen

Aus der Haushalts- und Netzwerkforschung ist bekannt, dass für das Gelingen der Alltagsbewältigung die Mehrfachkoordination zwischen den haushaltsinternen erstellten Leistungen, den Verwandtschaftsnetzen und der Nutzung von Angeboten haushaltsexterner Anbieter ein immer dringlicher werdendes Erfordernis darstellt. Demgegenüber weisen sozial und ökonomisch benachteiligte Haushalte eine verhältnismäßig geringe Inanspruchnahme externer Angebote sowie eine vergleichsweise kleine Zahl von Netzwerkpersonen auf.⁶⁹ Deshalb ist es mit Blick auf die Stärkung der Haushaltsführungskompetenzen von Familien in Armutslagen notwendig, insbesondere für diese Zielgruppe den Zugang zu haushaltsnahen Diensten und sozialen Unterstützungsangeboten zu erschließen und Kontakte über das primäre Netzwerk hinaus zu organisieren.

In ihrer **Lotsenfunktion und als Drehscheibe für haushaltsnahe Dienstleistungen bzw. Alltagshilfen** sind die Häuser der Familien also gefordert, ihre Vermittlungs- und Informationsarbeit ebenso wie die angebotenen Alltagshilfen bzw. Dienstleistungen so zu gestalten, dass sie nicht nur von jenen Bevölkerungsgruppen, die selbstbewusst und selbständig die notwendigen Informationen und Dienstleistungen abrufen, sondern auch von solchen Familien und Einzelpersonen genutzt werden, die durch massive finanzielle Probleme und andere Schwierigkeiten so unter Druck stehen, dass Hilfestellungen eher abgewehrt als eingefordert werden. Welche Strategien sich bewährt haben, um Inanspruchnahmebarrieren seitens Familien in Armutslagen abzubauen, wird in Kapitel III.B ausführlich behandelt.

Mit Blick auf die Erschließung neuer sozialer Ressourcen im Umfeld der Betroffenen – also Einzelpersonen oder andere Familien, die schnell, unkompliziert und informell Hilfestellung bei spezifischen Anforderungen der Haushaltsführung leisten können – gibt es in den Häusern der Familien bereits verschiedene Handlungsansätze:

- ⇒ **Nachbarschaftshilfe oder ehrenamtliche Hilfen:** Die Häuser der Familien organisieren und vermitteln etwa in Form einer Tauschbörse den Kontakt zwischen Hilfesuchenden und Ehrenamtlichen für die Übernahme bestimmter Haushaltsdienste wie Einkaufen, Kinderbetreuung oder Gartenarbeit etc.

Beispiele: Hilfe- und Tauschbörse HIT, Taschengeldbörse

- ⇒ **Patenschaft-Projekte:** Die Häuser der Familien initiieren und begleiten Hilfebeziehungen zwischen bedürftigen Familien und Ehrenamtlichen, die entweder auf eine allgemeine Entlastung oder gezielte Unterstützung in bestimmten Bereichen abzielen und in der Regel auf eine gewisse Dauer angelegt sind.

Beispiele: Wunschgroßelternbörse, ZeitSchenken, Familienpatenschaften, Lernpatenschaften

- ⇒ **Gruppen zum Erfahrungsaustausch und zur wechselseitigen Unterstützung:** Die Häuser der Familien initiieren und begleiten solche Gruppen oder unterstützen bestehende Selbsthilfegruppen durch Bereitstellung von Infrastruktur. Im Gegensatz zu den oben genannten Formen geht es hier um die Stiftung von Hilfebeziehungen zwischen gleichsam Betroffenen, etwa Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Schwangeren. Über den Erfahrungsaustausch sollen feste Kontakte entstehen, die dann auch in Krisensituation oder bei der Alltagsbewältigung emotionale und praktische Unterstützung bieten können.

Beispiele: Arbeitslosengruppe, Familiennetzwerk

⁶⁹ Vgl. Meier 2002, S. 141.

Diese Handlungsansätze in der jeweiligen konkreten Ausgestaltung zielen nur zum Teil explizit auf Menschen in Armutslagen. Ist dies der Fall, so stoßen insbesondere Patenschafts-Projekte oftmals auf die Schwierigkeit, hilfebedürftige Familien und Einzelpersonen als Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu gewinnen.

Ein Grund kann die damit einhergehende persönliche Zuschreibung und das Öffentlichmachen von Hilfebedürftigkeit sein, das beides Scham auslöst und deshalb vermieden wird. Das „Bauen von Brücken“ durch persönliche Kontakte zu den Betroffenen oder durch die Vermittlung von Dritten, die solchen Familien nahe stehen, ist deshalb für einen gelingenden Start entscheidend.

Ein anderer Grund kann in Vorbehalten liegen, fremden Menschen Zutritt zu dem eigenen, intimen Bereich zu gestatten oder die Kinder anzuvertrauen. Die passgenaue Auswahl der Helferinnen und Helfer ist ebenso wie vertrauensbildende Maßnahmen im Vorfeld von Bedeutung, wenn solche Hilfebeziehungen gelingen sollen. Die Häuser der Familien können auch hier wieder von ihrem breiten Spektrum profitieren, indem sie beispielsweise Patenschafts-Projekte aus offenen Gruppen, Treffs oder Freizeitaktivitäten heraus entwickeln. Wichtig ist es auch, das „Machtgefälle“ in solchen Beziehungen beständig zu reflektieren, was eine kontinuierliche Begleitung sowohl der Helferinnen und Helfer als auch der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger erforderlich macht.

2.2 Handeln mit Blick auf Mangellagen im Bereich Familie

Da die Häuser der Familien generell eine Unterstützungsstruktur darstellen, um Familienkompetenzen zu stärken und „Familie“ lebbar zu machen, ist es naheliegend bei der Armutsprävention die Mangellagen im Bereich Familie als Anknüpfungspunkte für bedarfsgerechte Angebote zu nehmen. Dabei kann der Fokus auf den Eltern oder den Kinder liegen.

(1) Fokus „Arme Eltern“: Erziehungskompetenz stärken, Entlastungsmöglichkeiten schaffen und familiäres Miteinander ermöglichen

Das vielfältige, thematisch breit gefächerte Angebot der Eltern- und Familienbildung, das insbesondere durch die Familienbildungsstätten zur Verfügung gestellt wird, erreicht gerade sozial benachteiligte, bildungsferne Eltern unzureichend. Zwar haben sich in der jüngsten Zeit vermehrt spezifische Ansätze entwickelt, die sich an benachteiligten Adressaten orientieren. Aktuelle Bestandsaufnahmen kommen jedoch zu der Einschätzung, dass nach wie vor „sowohl in den Zielsetzungen als auch im faktischen Angebot (...) Familien mit besonderen Belastungen unterrepräsentiert“ sind.⁷⁰ Was für die Eltern- und Familienbildung allgemein konstatiert wird, gilt auch für die meisten der am Markt befindlichen Elternkurse und -programme (z. B. Kess erziehen, STEP, Pekip, TripleP), die sozial benachteiligte Eltern kaum ansprechen bzw. über die Kursdauer an sich binden können.

Mögliche Kooperationspartner

- Krippen, Kindergärten, Schulen
- Hebammen, Familienpflege
- Familienbildungsstätten, VHS
- Erziehungsberatungsstellen,
- Ehe-, Familien-, Lebensberatungsstellen
- Schwangerenberatung, Migrationsberatung
- Jugendamt
- Vereine
- Jugendzentren und Jugendtreffs

⁷⁰ Vgl. Lösel, 2006: Internet.

Ausnahmen bilden das Hausbesuchsprogramm „Hippy“ für Eltern mit Vorschulkindern sowie das Elternkurskonzept „Starke Eltern – starke Kinder“ des Deutschen Kinderschutzbundes, das durch vereinfachte Ergänzungsmaterialien („Starke Eltern – starke Kinder Ganz Praktisch“) nachträglich auf die Zielgruppe bildungsferner Eltern zugeschnitten wurde. Auch „Opstapje – Schritt für Schritt“, ein präventives Lern- und Frühförderprogramm für Kleinkinder ab 18 Monaten und deren Eltern aus den Niederlanden richtet sich neben Migrantenfamilien gezielt an bildungsferne und sozial benachteiligte deutsche Familien. Ein anderes der wenigen Familienbildungsprogramme, das speziell zur Integration benachteiligter Familien entwickelt wurde, ist das FuN-Programm. Dies erscheint für die Häuser der Familien insofern interessant, als es explizit alle Familien anspricht, generationsübergreifend ausgerichtet ist und in Kooperation verschiedener sozialer Dienste durchgeführt wird.

Von den Ausnahmen abgesehen, sind der Übernahme bestehender Elternkursprogramme seitens der Häuser der Familien unter dem Blickwinkel der Armutsprävention Grenzen gesetzt. Vielmehr erwächst gerade hieraus für die Häuser der Familien die zentrale Aufgabe, spezifische **zielgruppenorientierte Familienbildungsangebote** anzubieten und Möglichkeiten der Zugangseröffnung für arme Eltern zu bereits bestehenden Unterstützungsangeboten zu erschließen.

Für die Arbeit an diesen beiden Strängen müssen auf folgende Fragestellungen angemessene Antworten gefunden werden:

- ⇒ Wie können arme Eltern, die durch die Alltagsbewältigung in hohem Maße belastet sind, für die Teilnahme an Familienbildung motiviert und angesprochen werden?
- ⇒ Wo müssen Angebote örtlich und räumlich angesiedelt werden, dass ein einfacher und nicht-stigmatisierender Zugang möglich ist?
- ⇒ Was brauchen arme Eltern, um sich wohl zu fühlen (Rahmenbedingungen, Setting)?
- ⇒ Welche Vermittlungsformen (Methoden, Medien) schließen an die alltäglichen Lern- und Bewältigungsstrategien der Betroffenen an?
- ⇒ Wie kann eine Haltung von Wertschätzung und Respekt sowie der Anerkennung des Erfahrungshorizontes der Eltern transportiert werden?
- ⇒ Wie können Bildungsinhalte ganz praktisch vermittelt werden?
- ⇒ Wie können Eltern Lösungen für schwierige Alltagssituationen erarbeiten und das Gelernte in den eigenen Alltag übertragen?
- ⇒ Wie können Eltern ihr Erfahrungswissen einbringen und wechselseitig voneinander lernen?

Das FuN-Programm

Das FuN-Programm ist ein präventiv wirkendes Familienbildungsprogramm zur Förderung der Elternkompetenz. Als Kürzel steht FuN für "Familie und Nachbarschaft". Es geht um die Stärkung des inneren Zusammenhalts der Familie und die Stärkung der Familie in ihrem sozialen Umfeld. Durch das Programm wird ein gemeinsamer Lern- und Erfahrungsort für Eltern mit ihren Kindern geschaffen. Gleichfalls im Zentrum stehen die Förderung der familialen Netzwerke sowie die Integration in pädagogische Einrichtungen und den Stadtteil.

In acht gegliederten Einheiten sollen Spiele und Übungen mit Eltern und Kinder sowie der gemeinschaftliche Austausch Lernfelder eröffnen und die Wahrnehmung für einander stärken. Das Angebot findet in jeweiligen Sozialraum, meist in Kindergarten oder Grundschule, statt und wird durch die direkte Ansprache der Fachkräfte vermittelt.

Weitere Informationen sind unter www.praepaed.de abrufbar.

Neben der Bereitstellung zielgruppenorientierter Familienbildungsangebote, können die Häuser der Familien die Erziehungsfähigkeit armer Eltern auch dadurch verbessern, dass sie gerade für diese Zielgruppe **Möglichkeiten der Entlastung und Regeneration** schaffen. Denn Armut bedeutet Dauerstress⁷¹ und dies führt zusammen mit der allgemeinen Überlastung dazu, dass es oftmals an Kraft fehlt, sich den Kindern zuzuwenden, auf ihre Bedürfnisse einzugehen und ein positives Familienklima zu schaffen. Entlastung kann zum einen über die Inanspruchnahme der Alltagshilfen und familiennahen Dienstleistungen eines Hauses der Familie ermöglicht werden. Zum anderen bieten die Häuser der Familien mit ihren Kultur- und Freizeitangeboten, dem offenen Treff und diversen Café- und Frühstückangeboten bereits kostenlose Gelegenheitsstrukturen für Begegnung, Kommunikation und Regeneration. Ob diese auch von Eltern in Armutslagen genutzt werden, hängt unter anderem von der Raumgestaltung und der Struktur der Nutzerinnen und Nutzer ab. So waren sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Häuser der Familien in der Arbeitsgruppe einig, dass die Raumgestaltung des Offenen Treffs Zugänge schafft bzw. verhindert. Eine moderne durchgestylte Raumeinrichtung kann das Gefühl „hier passe ich nicht hin“ hervorrufen. Günstiger ist es, wenn die Räume nicht „fertig sind“, sondern Gestaltungswünsche der Nutzerinnen und Nutzer aufgegriffen bzw. Bereiche von diesen (mit)gestaltet werden können. Ebenso wie ein bestimmter Einrichtungsstil kann auch die soziale Zusammensetzung der übrigen Nutzerinnen und Nutzer das Gefühl „nicht dazu zu gehören“ hervorrufen. Deshalb haben zielgruppenorientierte Angebote durchaus ihre Berechtigung. Um jedoch Stigmatisierungsprozesse zu vermeiden, können solche Angebote der Begegnung, Kommunikation und Regeneration außerhalb des Hauses der Familie, etwa in Wohnquartieren mit hoher Armutsbelastung, eingerichtet werden.

Während über Möglichkeiten der Entlastung und Regeneration indirekt die Bereitschaft und Fähigkeit der Eltern zur Gestaltung eines positiven Familienklimas verbessert werden kann, können die Häuser der Familien auch direkt das familiäre Miteinander über **Freizeitangebote für die ganze Familie** fördern. Familienwochenenden und -freizeiten, sowie Vater- bzw. Mutter-Kind-Tage etc. sind Beispiele für Angebote, bei denen Erholung und Anregung sowie das Erleben als Familie im Vordergrund stehen.

(2) Fokus „Arme Kinder“: Widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen eines Aufwachsens unter belastenden Bedingungen machen

Da arme Kinder in armen Familien mit armen Eltern aufwachsen, kommen Angebote und Maßnahmen, die auf die Verbesserung des Familienklimas und die Förderung der Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen der Eltern gerichtet sind, im Prinzip auch den Kindern zu Gute. Angesichts der gravierenden Auswirkungen von Armut gerade für Kinder und ihre Entwicklungschancen sind im Rahmen der Armutsprävention jedoch auch Angebote und Maßnahmen angezeigt, die gezielt Kinder adressieren. Dabei geht es um die Stärkung der Kinder. Wie im Kinderreport Deutschland 2007 von Lutz gefordert, müssen Wege gefunden werden, um Kinder gegen die Auswirkungen eines eher negativen Familienklimas zu schützen und sie generell gegen die Folgen von Armut stark zu machen.⁷² Unter Rückgriff auf Überlegungen und Erkenntnisse zur Resilienz als psychische Widerstandsfähigkeit gegen Entwicklungsrisiken kristallisieren sich folgende Ansatzpunkte und Leitideen für die Konzeption von Angeboten für arme Kinder seitens der Häuser der Familien heraus:

- ⇒ Damit Kinder stark und widerstandsfähiger gegen die Risiken des Aufwachsens unter belastenden Bedingungen werden, hat die Forschung unter anderem solche Erziehungssituationen als wesentlich identifiziert, die Kindern eine positive Selbsteinschätzung vermitteln und sie zur Autonomie befähigen. Entsprechend sind die Angebote für Kinder im Haus der Familie – seien es Hausaufgaben- und Lernhilfen oder Freizeit- und Kreativangebote – so zu gestalten, dass vielfältige **Möglichkeiten der Selbstgestaltung** gegeben sind. Wenn **Kompetenzen und Stärken er-**

⁷¹ Vgl. Seus-Seberich/Rudeck 1999, S. 29.

⁷² Vgl. Lutz 2007, S. 190.

fahrbar werden, kann Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten aufgebaut werden. Selbstverständlich sollten auch hier keine oder nur geringe Teilnahmekosten für die Familien anfallen.

- ⇒ Kinderrechtsorganisationen sehen in der Armut von Kindern auch das Problem der Partizipationsarmut und betonen, dass mit Armut verbundene Existenzängste, Stigmatisierungs- und Ausgrenzungserfahrungen etc. Resignation und Rückzug fördern und die gesellschaftliche Beteiligung von Kindern behindern⁷³. Da es Kinder aus sozial benachteiligten Familien oft nicht gewohnt sind, an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden, sind sie besonders darauf angewiesen, gesellschaftliche Partizipation in anderen Kontexten zu erlernen. Ganz allgemein können die Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche von punktuellen Formen der Beteiligung (z. B. Wunsch- und Meckerkasten), über repräsentative Formen (Kinder- und Jugendbeiräte) und offene Versammlungsformen (Jugendforen) bis hin zu projektorientierten Verfahren (Gestaltung von Jugendräumen etc.) reichen.

Mit Blick auf arme Kinder sind die Häuser der Familien also besonders gefordert **Beteiligungsangebote** zu machen. Neben der Institutionalisierung einer kontinuierlichen Beteiligung am gesamten Spektrum der Kinder- und Jugendthemen im Haus bieten sich insbesondere Projektvorhaben (z. B. Produktion einer Zeitung bzw. Filmbeitrags, Gestaltung des Außengeländes, Tanz- und Theatervorführung etc.) als Anlässe an, bei denen Kinder und Jugendliche lernen können, im Interesse gemeinsamer Ziele und Aufgaben miteinander zu kooperieren, ohne ihre Individualität aufgeben zu müssen. Anregungen für Methoden und hilfreiche Materialien finden sich unter anderem in der Handreichung „mitreden – mitplanen – mitmachen“⁷⁴ sowie auf den beiden Internetportalen net-par.rlp.de und kinderpolitik.de. Speziell den Fokus auf Kinder in benachteiligten Wohngebieten bzw. Kinder aus bildungsfernen Familien legt die Broschüre des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend "Leitlinien für Beteiligungsaktionen mit Kindern in benachteiligten Wohngebieten". Entwickelt und evaluiert wurden sie durch die mobile spielaktion e. V. in Trier.

Net-Part

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz stellt seit 1999 den Internet-Auftritt **Netzwerk-Partizipation**, kurz: **Net-Part** bereit. Wesentliche Aufgabe von Net-Part ist es

- eine Informationsquelle für den Themen- und Aufgabenbereich Partizipation zu sein sowie
- eine virtuelle landesweite Vernetzung Partizipation herzustellen bzw. zu gewährleisten.

Net-Part gibt Anregungen und Praxistipps zu wichtigen Fragen der Partizipation:

Internetadresse: <http://www.net-part.rlp.de/>

Infostelle des Deutschen Kinderhilfswerkes

Die Infostelle des Deutschen Kinderhilfswerkes bietet Informationen zur Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und für Kinder und Jugendliche in den Bereichen Kinderpolitik, Medien, Spielraum und Schule.

Es werden Projekte, Initiativen, Einrichtungen vorgestellt, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den unterschiedlichsten Formen praktizieren.

Eine Bibliothek gibt Literaturhinweise, informiert über Neuerscheinungen und bietet über den Onlineshop die verschiedensten Materialien zum Direktbezug an.

Die Methodensammlung sowie die Zusammenstellung von Best-Practice-Beispielen bietet konkrete Anregungen für erfolgreiche Kinder- und Jugendbeteiligung

Internetadresse: <http://www.kinderpolitik.de>

⁷³ Vgl. DJI, S. 46.

⁷⁴ Deutsches Kinderhilfswerk e.V. 1997.

⇒ Soziale Unterstützung nimmt bei der subjektiven Bewältigung der Unterversorgungslage durch Kinder eine besondere Bedeutung ein. Auch Erkenntnisse der bisherigen Forschungen zu Resilienz bestätigen, dass die sozialen Ressourcen im näheren und weiteren Umfeld Auswirkungen von Armut erheblich mindern. Insbesondere eine enge emotionale Beziehung zu einer Vertrauensperson, sei sie auch nicht direkt aus der Familie, kann die Widerstandsfähigkeit eines Kindes stärken. Allgemein stellen die Angebote der Häuser der Familien, die sich ausschließlich oder auch an Kinder richten, Möglichkeiten zum Aufbau neuer Kontakte dar. Darüber hinaus können **Bindungen zu Personen außerhalb der Familie und des originären Netzwerkes** über die bereits erwähnten Patenschaft-Projekte gestiftet werden. Zwei Patenschaftsprogramme, die sich an Kinder in materiell und sozial schwierigen Lebenslagen richten, sind das Programm „Balu und du“ und das Lernpatenprojekt „Keiner darf verloren gehen“ der Bürgerstiftung Pfalz. Letzteres hat das Ziel, Grundschülerinnen und Grundschüler aus benachteiligten Verhältnissen oder mit besonderem Betreuungsbedarf durch die Begleitung ehrenamtlicher Lernpaten in ihren kognitiven, emotionalen und sozialen Kompetenzen zu stärken. Der Einsatz der Lernpatinnen und -paten erfolgt in Schulen, deren Ausbildung und Coaching wird vom Deutschen Kinderschutzbund, Landesverband Rheinland-Pfalz, übernommen. Bessere Anschlussmöglichkeiten für die Häuser der Familien bietet das ehrenamtliche Programm „Balu und du“, das bereits in einzelnen Häusern läuft und sich an Kinder im Grundschulalter sowie an Studierende, Fach(hoch)schüler oder andere junge Leute als Mentorinnen und Mentoren richtet.

„Balu und Du“

„Balu und Du“ ist ein ehrenamtliches Patenschaftsprogramm, das Kinder im Grundschulalter fördert. Die Kinder sollen, neben Familie und Schule, eine weitere Chance erhalten, sich ihren positiven Anlagen gemäß zu entwickeln und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die Mentoren („Balus“) des Programms – junge Leute über 18 – stehen ihnen in einer Entwicklungsphase zur Seite, die nicht immer einfach ist. Die Kinder („Moglis“) machen neue Erfahrungen und erhalten außerschulische Lernanregungen. Hausaufgabenhilfe steht nicht im Mittelpunkt des Programms, stattdessen soll Lernfreunde geweckt werden.

Träger ist der gemeinnützige Verein „Balu und Du e. V.“ mit Sitz in Osnabrück und Geschäftsstelle in Köln. Er schließt mit neuen Standorten eine Kooperationsvereinbarung ab und unterstützt in Form eines Handbuch bzw. „Leitfaden zum Aufbau“, ggf. einer Anschubfinanzierung sowie durch Bereitstellung einer Starterbox mit didaktischem Material, Flyer, Plakate usw.

Weiterführende Informationen unter <http://www.balu-und-du.de>

⇒ Studien haben deutlich gemacht, dass benachteiligte Kinder sich Hilfen im Netzwerk organisieren. Dieses Netzwerk reicht jedoch kaum über die eigene Lebenswelt, bestehend aus Verwandten, Nachbarn und Freunde, hinaus. So hat etwa eine qualitative Untersuchung im ländlichen Raum aufgezeigt, dass im Netzwerk von Grundschülerinnen und -schülern in Unterversorgungslagen im Unterschied zur Kontrollgruppe vor allem die Vereine (Sport, Kultur, Freizeit) sowie die Kreismusikschule und die Bibliotheken kaum vertreten⁷⁵ sind. Obwohl ihnen dieselben Institutionen des Freizeit- und Kulturbereiches offen stehen wie ihren Altersgenossen, werden sie von ihnen weitaus weniger in Anspruch genommen. Der finanzielle Aufwand durch Mitgliedsbeiträge, Instrumente, Sportkleidung etc. ist nur eine der dahinter stehenden Ursachen. Zwar können die Häuser der Familien mit eigenen kostengünstigen Freizeit-, Spiel-, Sport- und Kulturangeboten armen Kindern Alternativen bieten, jedoch sollte die soziale Ausgrenzung dieser Kinder dadurch nicht weiter verfestigt werden. Deshalb ist seitens der Häuser der Familien vorrangig nach Wegen

⁷⁵ Vgl. Richter 2004.

zu suchen, die **Integration armer Kinder in die örtlichen Vereine (Musikvereine, Sportvereine etc.)** zu unterstützen. Eine solche Unterstützung kann ganz direkt erfolgen, indem die Übernahme von Mitgliedsbeiträgen etwa durch „Paten“ organisiert wird oder die Kinder im Haus der Familie „eingesammelt“ und zu den Vereinsstätten begleitet werden. Indirekt kann über verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit Vereinen – gemeinsame Veranstaltungen, Bereitstellung von Räumen etc. – die wechselseitige Aufgeschlossenheit von armen Familien und Vereinen gefördert und die Vereinsverantwortlichen für die Bedarfe dieser Familien und ihrer Kinder sensibilisiert werden. Da Vereine immer häufiger Nachwuchsprobleme haben, ist die Bereitschaft zur Kooperation im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sicherlich vielerorts gegeben und gilt es mit Blick auf sozial benachteiligte Kinder und Jugendlichen auszuloten.

2.3 Handeln mit Blick auf Mangellagen im Bereich Gesundheit

Gesundheitsförderung ist ein weiterer Handlungsbereich im Rahmen der Armutsprävention, der an das Profil und die Konzeption der Häuser der Familien anschließt. Denn Gesundheitsförderung umfasst nach dem Verständnis der WHO sowohl die Verbesserung von gesundheitsrelevanten Lebensweisen (Gesundheitshandeln) als auch die Verbesserung gesundheitsrelevanter Lebensbedingungen (Verhältnisse, Strukturen, Kontexte)⁷⁶. Gerade mit Blick auf sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen ist sie dann erfolgreich, wenn gesundheitsfördernde Maßnahmen am Setting⁷⁷, d. h. im alltäglichen Lebensraum ansetzen, ganzheitlich konzipiert sind und die Mitwirkung der Betroffenen vorsehen.

Hierfür bringen die Häuser der Familien als alltagsnahe, niedrigschwellige Anlaufstellen im Gemeinwesen vor allem in Zusammenarbeit mit Regeleinrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen, gute Voraussetzungen mit. Die Möglichkeit bei gesundheitsfördernden Maßnahmen im ganzheitlichen Sinne, Beratung, Bildung, Information und Alltagshilfe zu verbinden und die Betroffenen umfassend zu beteiligen, ist ebenfalls strukturell und konzeptionell in den Häusern der Familien angelegt.

Für Maßnahmen und Angebote der Gesundheitsförderung sind **Ansatzpunkte** in folgenden Bereichen denkbar. Bewusst ausgeklammert werden. Maßnahmen der Primärprävention, die im engeren Sinne als Vorsorge gegen Krankheiten verstanden werden, wie Früherkennung und Vorsorgeuntersuchungen, Kariesbehandlung oder -prophylaxe, Verbesserung des Impfstatus.

Mögliche Kooperationspartner

- Gesundheitsamt, Sozialamt
- Kindertagesstätten, Schulen
- niedergelassene Ärzte, Hebammen, Psychologen, Physiotherapeuten, Logopäden
- Drogen- und Suchtberatungsstellen
- Pro Familia
- Krankenkassen
- Verbraucherzentrale
- Landeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- Sportgeschäfte als Sponsoren
- Sportvereine
- Selbsthilfegruppen

⁷⁶ Vgl. Richter 2005, S. 198.

⁷⁷ Vgl. BZgA 1996.

Bereiche	Mögliche Ziele und praktische Umsetzungsmöglichkeiten
Ernährung	<ul style="list-style-type: none"> • Wissen über ausgewogene Ernährung erweitern ➔ Ernährungsberatung • Ungünstiges Ernährungsverhalten ändern ➔ gemeinsames Kochen und Essen • Kompetenzen zur Nahrungszubereitung fördern ➔ Kochkurse • Ernährungsergänzung ➔ Mittagstisch, Pausenbrotausgabe, Familienfrühstück
Bewegung	<ul style="list-style-type: none"> • Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld und im Außengelände des Hauses schaffen, Orte erschließen ➔ Fahrradparcour, Sportartikel und Sportgeräteverleih, Sporthalle • Lust an Bewegung und Bewegungskompetenz fördern ➔ Sport- und Freizeitangebote innerhalb und außerhalb des Hauses • Bewegung als Gemeinschaftserlebnis ➔ Wanderungen, Fahrradausflüge
Stressbewältigung	<ul style="list-style-type: none"> • Bewusstwerden von Stressauslösern und Belastungen, Haltung des „Sich um sich kümmern“ fördern ➔ Erfahrungsaustausch und Reflexion in Gruppen • Entspannungstechniken vermitteln ➔ Autogenes Training als Kursangebot • Gelegenheiten zur Ruhe und Entspannung schaffen ➔ Einrichtung von Ruheinseln, Ruheräume innerhalb und außerhalb des Hauses
Krankheitsaufklärung	<ul style="list-style-type: none"> • Wissen über Krankheitsursachen, Krankheitsbilder und Behandlungsmöglichkeiten erweitern ➔ Infoveranstaltungen zu medizinischen Themen • Hemmschwelle für die Inanspruchnahme professioneller Hilfe abbauen und Beteiligung an Selbsthilfegruppen erhöhen ➔ offene Sprechstunde von Arzt, Hebamme, Selbsthilfegruppen etc. • Aufklärung über Rechte und Ansprüche ➔ Beratung durch Kranken- und Pflegekassen
Sucht / Suchtprävention	<ul style="list-style-type: none"> • Für das Thema Sucht sensibilisieren, über Sucht und Suchtgefahren aufklären ➔ Fam-Tische • Unterstützung bei eigener Suchtbekämpfung anbieten ➔ Drogenberatung, Selbsthilfegruppen
Gesundes Wohnen gesundheitsförderndes Wohnumfeld	<ul style="list-style-type: none"> • Wissen um gesunde Lebensbedingungen in der Wohnung erweitern ➔ Info-Veranstaltungen zu Themen wie Raumhygiene, Haushaltschemikalien, Lärm etc. • Über Unfallgefahren und Hilfemöglichkeiten aufklären ➔ Erste-Hilfe-Kurse • Wohnumfeldgestaltung (Beseitigung von Gefahrenquellen, Schaffung von Spiel- und Freiflächen) ➔ Spielleitplanung

Diese Aufstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern will lediglich Anregungen für die inhaltliche Ausgestaltung von Maßnahmen und Angeboten im Schnittfeld von Armutsprävention und Gesundheitsförderung geben. Bei der Frage nach adäquaten Methoden, Vorgehensweisen und Rahmenbedingungen lassen sich aus den Praxiserfahrungen diverser Projekte und Aktivitäten im Bereich der Gesundheitsförderung sozial Benachteiligter, so zum Beispiel der vom Netzwerk Regionaler Knoten Rheinland-Pfalz erarbeiteten Good-Practice-Projekte⁷⁸, Hinweise ableiten. Eine umfangreiche Projekt-Datenbank sowie Materialien und Forschungsergebnisse finden sich auf der Internetplattform „Gesundheitsförderung sozial Benachteiligter“ www.gesundheitliche-chancengleichheit.de. Die Hinweise aus den Projekten auf **Gelingensfaktoren** verdichten sich zu folgenden Grundprinzipien, die sich weitestgehend mit den Querschnittsaufgaben und Qualitätsmerkmalen der Häuser der Familien decken:

- ⇒ Arbeiten im Setting bzw. berufsgruppen- und institutionenübergreifende Zusammenarbeit, d. h. gemeinsam mit Kitas, Horten, Schulen, Gemeinwesenprojekten, Fachkräften des Gesundheitsbereichs etc. als Partner vor Ort Vorhaben und Projekte entwickeln und umsetzen, die dicht in die Lebenszusammenhänge der Familien integriert sind
- ⇒ Niedrigschwelliges Vorgehen, d. h. ohne Anmeldeformalitäten und Kostenbeiträge, direkte Ansprache sowie Zugänge über milieuvertraute Personen, „Schnupper-Angebote“, Angebote integriert in einen offenen Treff, Beratungsangebote in vertrautem Raum
- ⇒ Integriertes Handlungskonzept, d. h. Angebots- und Methodenmix bestehend aus festen Gruppen, offenen Angebote in Verbindung mit Beratungs- und Bildungsgeboten, die als Gesamtkonzept geplant und gesteuert werden
- ⇒ Betroffene aktivieren, beteiligen und „ermächtigen“, d. h. Möglichkeiten, Verantwortung zu übernehmen und zu gestalten, systematisch verankern, Betroffenen als Experten in eigener Sache ernst nehmen und einbinden

„Netzwerk regionaler Knoten Rheinland-Pfalz“

Die „Regionalen Knoten“ haben zum Ziel, in den einzelnen Bundesländern und ihren Regionen die Koordination im Handlungsfeld „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ zu initiieren, zu begleiten und zu fördern. Absicht ist es, einen Beitrag zur Reduzierung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen zu leisten.

Hauptanliegen des 2005 gegründeten Netzwerks regionaler Knoten in Rheinland-Pfalz ist die Gesundheitsförderung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien mit den Schwerpunkten Bewegungsförderung, gesunde Ernährung, körperlich-seelisches Aufwachsen, Wohnen/Wohnumfeld, psychosoziale Netze und Familie, Vorsorgeuntersuchungen/Impfen, Risikoverhalten im Kindes- und Jugendalter und Unfallgefährdung.

Das Netzwerk dient dem Austausch von Erfahrungen und Informationen aus Projekten sowie der Stärkung und Weiterentwicklung von gelingender Praxis.

Die Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e. V. (LZG) koordiniert das Netzwerk „Regionaler Knoten Rheinland-Pfalz“, weiterführende Informationen finden sich u. a. auf der Homepage der LZG Rheinland-Pfalz <http://www.lgz-rlp.de>

⁷⁸ Alle Good-Practice-Projekte des Kooperationsverbundes sind auf www.gesundheitliche-chancengleichheit.de veröffentlicht.

2.4 Handeln mit Blick auf Mangellagen im Bereich Bildung

Die eindeutigen Bezüge zwischen Armut und Bildungsdefiziten lassen die Förderung und Unterstützung von Bildungs- und Lernprozessen zu einem wichtigen Bestandteil von Armutsprävention werden. Um die Möglichkeiten und Grenzen der Häuser der Familien in diesem Handlungsbereich auszuloten, sind Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche aus armen Familien getrennt in den Blick zu nehmen:

(1) Fokus „Erwachsene in materiell prekären Lebenslagen“: Integration im Arbeitsmarkt und Förderung von Bildung und lebenslangem Lernen

Erwerbslosigkeit ist sicher einer der Hauptfaktoren, die Verarmungsprozesse auslösen. Eine gute Schul- und Berufsausbildung kann die Erwerbchancen und die Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg erhöhen und damit das Armutsrisiko verringern. Allerdings versagt dieser Zusammenhang als gesellschaftliches Patentrezept. Eine bessere Bildung verbessert zwar die Konkurrenzfähigkeit des Einzelnen auf dem Arbeitsmarkt, ohne jedoch Erwerbslosigkeit und soziale Ungleichheit als gesellschaftliche Ursachen von Armut zu beseitigen. Angebote und Maßnahmen der Häuser der Familien, die auf die (arbeitsmarktbezogene) Qualifizierung und Unterstützung von Lern- und Bildungsprozessen von Personen in materiell prekären Lebenslagen abzielen, müssen folglich in dem Bewusstsein erbracht werden, dass hiermit im Einzelfall zwar die Chancen auf einen Arbeits- und Ausbildungsplatz befördert werden können, allerdings nicht prinzipiell verhindert wird, dass jemand trotzdem materiell arm bleibt.

23 der rheinland-pfälzischen Häuser der Familien werden als Mehrgenerationenhäuser durch den Bund aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds unterstützt. Dadurch sind diese Häuser gefordert, einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den Aufbau beschäftigungsfördernder Strukturen zu legen und über Maßnahmen und Angebote den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verbessern. An diesen Standorten bestehen demnach konzeptionell besonders günstige Voraussetzungen, um Armutsprävention im Bildungsbereich zu betreiben.

Als Klammer zwischen Bildungsförderung und Arbeitsmarktintegration bietet sich seitens der Häuser der Familien die Zielsetzung an, über Angebote und Maßnahmen die Fähigkeiten und Ressourcen von Personen in Armutslagen zur Verbesserung ihrer Berufsaussichten zu erweitern. Dieses anspruchsvolle Ziel ist – wie es für das Haus der Familie insgesamt gilt – nur im gemeinsamen Handeln mehrerer Akteure zu erreichen. Ein wichtiger Kooperationspartner ist hier die Arbeitsverwaltung, also die Agentur für Arbeit und die **JobCenter**. In den Jobcentern oder auch ARGEn arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesagentur für Arbeit und der Kommune zusammen, um die Integration in Arbeit und das **Arbeitslosengeld II** zu gewährleisten. Eine Zusammenarbeit und Abstimmung ist zudem mit Institutionen erforderlich, die sich vor Ort auf Beratung, Qualifizierung, Arbeitsvermittlung und die Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen für Erwerbslose spezialisiert haben. Dabei muss von Seiten der Häuser der Familien ausgelotet werden, wo sinnvolle Möglichkeiten der Zusammenarbeit bestehen, ohne Konkurrenzen und Doppelstrukturen entstehen zu lassen. Aus konzeptionellen Überlegungen und praktischen Erfahrungen lassen sich folgende Ansatzpunkte ableiten:

- ⇒ **Lotsen qualifizieren und profilieren:** Aufgrund der Vielfalt von Arbeitsmarktinstrumenten und sozialpädagogischen Hilfen, die bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen sollen, ist ge-

Mögliche Kooperationspartner

- Volkshochschule
- Berufsbildungswerke
- Agentur für Arbeit
- JobCenter
- Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer
- Integrationsfirmen, Soziale Unternehmen
- (Ganztags-)Schulen
- Jugendarbeit

rade in diesem Bereich der Bedarf an Orientierungshilfe und niedrigschwelliger Beratung groß. Deshalb ist es notwendig, sich als Haus der Familie gezielt kundig zu machen bzw. „Experten“ einzubinden, um die Lotsenfunktion in diesem Bereich qualifiziert ausüben und Personen in Armutslagen auf Integrationshilfen hinweisen und weitervermitteln zu können.

- ⇒ **Personen, deren Integration in den Arbeitsmarkt schwer gelingt, unterstützen:** Sogenannte arbeitsmarktferne Personen bzw. Personen mit Vermittlungshindernissen (geringe formale berufliche Qualifizierung, gesundheitliche und soziale Handicaps) können häufig von den standardisierten Angeboten der Bundesagentur für Arbeit wenig profitieren, da die erforderliche Lernkompetenz aufgrund belastender Lebensumstände und / oder subjektiver Einschränkungen oftmals nicht gegeben ist. Deshalb benötigt diese Personengruppe niedrigschwellige Angebote, die etwa die Fähigkeit zur Tagesstrukturierung fördern, Motivation, Selbstvertrauen und Spaß am Lernen vermitteln sowie die soziale Integration und den Erwerb bestimmter Basiskompetenzen (z. B. Sprachkompetenz) unterstützen. Als „Türöffner“ für die Inanspruchnahme solcher Angebote haben sich in der Praxis der Häuser der Familien zielgruppenspezifische Gelegenheiten zum Austausch wie etwa der Arbeitslosentreff „Hartzlich Willkommen“ bewährt.
- ⇒ **Wiedereinstieg in den Beruf unterstützen:** Auch Frauen, die ihre Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit aufgrund der Betreuung von Kindern und / oder der Pflege von Angehörigen unterbrochen haben, haben es – insbesondere wenn bestimmte Faktoren wie allein erziehend, an einen Wohnort gebunden oder mit Migrationshintergrund hinzukommen – oftmals schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen oder Integrationsmaßnahmen zu durchlaufen. Da alle Häuser der Familien Betreuungsangebote oder andere familienunterstützende Alltagshilfen vorhalten, bestehen hier gute Voraussetzungen, um eine der größten Hürden von Frauen für die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen, nämlich die Betreuung und Versorgung der Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger, abzubauen. Dazu können die Häuser der Familien entweder selbst Angebote zum beruflichen Wiedereinstieg für Frauen in Verbindung mit (Kinder-)Betreuung, Mittagstisch oder Hausaufgabenhilfe etc. durchführen oder sich für die Organisation von (Kinder-)Betreuung als Kooperationspartner für Träger von beruflichen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen anbieten. Die von der rheinland-pfälzischen Landesregierung und der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit 2009 ins Leben gerufene Initiative „Plan W – Wiedereinstieg hat Zukunft“ bietet einen guten Anlass, sich vor Ort in entstehende Netzwerke und Aktivitäten zur Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen einzubringen.

Plan W – Wiedereinstieg hat Zukunft

Diese Initiative der rheinland-pfälzischen Landesregierung und Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der BA will Frauen und Männer auf dem Weg zurück in die Arbeitswelt unterstützen und Unternehmen für dieses wichtige Potential an qualifizierten Arbeitskräften sensibilisieren.

Bausteine der Initiative sind:

- (1) Internetplattform www.planw.rlp.de: Hier finden sich Informationen zur Initiative, den Netzwerkpartnerinnen und -partnern und ein Online-Veranstaltungskalender.
- (2) Broschüre „Wegweiser für den beruflichen Wiedereinstieg“ mit Tipps, Angeboten, Kontakten und Erfahrungsberichten für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger sowie Unternehmen.
- (3) Regionale Veranstaltungen und Angebote zu verschiedenen Aspekten des Wiedereinstiegs durchgeführt von lokalen und regionalen Netzwerken.

- ⇒ **Integrationsfirmen / Soziale Unternehmen einbinden:** Integrationsfirmen werden als Betriebe des allgemeinen Arbeitsmarktes definiert und zeichnen sich, wie die Sozialen Unternehmen, dadurch aus, dass sie zu einem bestimmten Anteil Personen aus den verschiedenen Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik (z. B. Menschen mit einer Schwerbehinderung, Langzeitarbeitslose, ehemals Drogenabhängige) beschäftigen. Zu den Geschäftsfeldern der Integrationsfirmen zählen unter anderem haushaltsnahe Dienstleistungen, wie Hausmeister- und Gärtnerdienste, Wäscherei, Gebäudereinigung sowie die Bewirtschaftung von Kantinen, Cafés und Kiosken. Die Häuser der Familien können ggf. hinsichtlich der Bereitstellung von Alltagshilfen und Essensangeboten mit vor Ort tätigen Integrationsfirmen bzw. Sozialen Unternehmen zusammenarbeiten und dadurch die dort beschäftigten Personen als Nutzerinnen und Multiplikatorinnen gewinnen. Informationen zu rheinland-pfälzischen Integrationsfirmen finden sich unter www.servicestelle-rlp.de.

(2) Fokus „Kinder und Jugendlichen aus armen Familien“: Sicherung erfolgreicher Bildung bis zum gelingenden Berufseinstieg

Wie Studien nachgewiesen haben, verlassen Kinder und Jugendliche aus armen Familien das Bildungssystem oft weniger qualifiziert als nichtarme. Soziale Chancenungleichheit wird durch das Bildungswesen nicht abgebaut, sondern eher verstärkt.⁷⁹ Folglich ist insbesondere das Bildungswesen, erstens in seiner strukturellen Verfasstheit und zweitens mit Bezug auf die Durchführung von Maßnahmen in den Bildungseinrichtungen angesprochen, wenn es darum geht, den Bildungsnachteilen von Kindern armer Familien zu begegnen. Gleichwohl sind sich Fachleute einig, dass der Ausbau der örtlichen Betreuungsinfrastruktur, die Bereitstellung von familienunterstützenden Diensten, Familienbildung sowie außerschulische Bildungsarbeit für Kinder aus sozial benachteiligten Familien zur Verringerung der Bildungsarmut beitragen können. Entsprechend leisten die Häuser der Familien, wenn sie ihrem Anspruch auch mit Blick auf Familien in Armutslagen gerecht werden, bereits per se einen Beitrag dazu, die Bedingungen des Aufwachsens von belasteten Mädchen und Jungen zu verbessern. Für die Konzeption spezieller Angebote, die Bildungsdefizite kompensieren und erfolgreiche Bildung und Berufseinmündung von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien sichern helfen, konnten im Austausch mit den Häusern der Familien folgende Ansatzpunkte identifiziert werden.

- ⇒ **Unterstützung bei Hausaufgaben und Lernen:** Um individuelle (schulische) Bildungsprozesse zu unterstützen sowie Wissenslücken und Defizite gezielt anzugehen, ist die Bereitstellung von Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe eine sinnvolle Herangehensweise, da arme Familien Fördereinrichtungen und Nachhilfe seltener in Anspruch nehmen und gleichzeitig ihre Fähigkeit zur schulischen Unterstützung ihrer Kinder eingeschränkt sein kann. Die Organisationsformen in den Häusern der Familien reichen von der Einrichtung von Hortgruppen, in denen pädagogische Fachkräfte eingesetzt werden, bis hin zu offenen oder festen Hausaufgabengruppen, die von ehrenamtlichen Personen, oftmals pensionierten Lehrerinnen und Lehrer, betreut werden. Ebenso wie die Hortgruppen gehen die Hausaufgabengruppen in der Regel über die reine Unterstützung bei den Hausaufgaben hinaus und schließen auch Aktivitäten zur Freizeitgestaltung mit ein.
- ⇒ **Lern- und Ausbildungspaten-Projekte:** Wie bereits im Zusammenhang mit der Stärkung armer Kinder angesprochen, gibt es inzwischen eine Vielzahl von Programmen und Projekten, die Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher durch ehrenamtliche Paten organisieren. Dabei steht oftmals die Phase des Übergangs von Schule ins Berufsleben im Fokus, in der Jugendliche in der Schule, bei der Berufswahl sowie bei Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen unterstützt werden sollen. Entsprechende Projekte, wie das Projekt „Berufswahlpaten“ im Rhein-Lahn-Kreis oder die Aktion „Sym-Paten“ des Bistums Mainz, weisen in der Regel folgende Ele-

⁷⁹ Vgl. Kampshoff 2005, S. 221.

mente auf: Auswahl der Jugendlichen durch Schule oder Berufsberatung, Gewinnung, Vorbereitung und Schulung (ehrenamtlicher) Paten sowie Begleitung der Paten und Jugendlichen. Die Häuser der Familien sind durch ihren Zugang zu Ehrenamtlichen sowie ihrer kooperativen Arbeitsstruktur besonders geeignet, solche Projekte durchzuführen bzw. einzelne Elemente im Rahmen dieser Projekte zu übernehmen. Zu der Initiative „Bildungsketten“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gehört auch das Sonderprogramm „Berufseinstiegsbegleitung“.

Durch Berufseinstiegsbegleiter sollen zukünftig 30.000 bildungsgefährdete Schülerinnen und Schüler kontinuierlich ab der 8. Klasse bis hinein in die berufliche Ausbildung begleitet werden. Neben der hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleitung von Bildungsträgern und ähnlichen Einrichtungen sollen etwa 1.000 ehrenamtliche Bildungslotsen (Praktikerinnen und Praktiker mit Berufserfahrungen) eingesetzt werden. Hier ist zu prüfen, ob die Häuser der Familien für die Begleitung der ehrenamtlichen oder auch für die Beschäftigung der hauptamtlichen Bildungslotsen in Frage kommen.

⇒ **Außerschulische Bildungsangebote:** In allen Häusern der Familien haben sich Kultur-, Kreativ- und sonstige Freizeitangebote als ein fester Bestandteil des Leistungsspektrums etabliert, durch die der offene, niedrighschwellige Charakter des Hauses maßgeblich geprägt wird und die wichtige Türöffner für Aktive und Nutzerinnen darstellen. Insofern sind in der Regel entsprechende Rahmenbedingungen und Erfahrungen in den Häusern der Familien, z. B. Kreativraum, Honorarkräfte bzw. Ehrenamtliche mit spezifischen Kompetenzen, vorhanden, um außerschulische Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu machen, deren Eltern mit der materiellen Sicherung ihrer Existenz ausgelastet und oft überfordert sind. Hinsichtlich der Inhalte, Methoden, Organisationsformen und der Aktivitäten gibt es große Freiheiten. Das Spektrum reicht von Kursen, Projekten, Exkursionen und anderen Angeboten aus dem kultur- und sportpädagogischen, künstlerisch-kreativen sowie erlebnispädagogischen Bereich. Grundsätzlich können folgende Qualitätsmerkmale außerschulischer Bildung als grobe konzeptionelle Orientierung dienen. Als außerschulische oder non-formale Bildung gilt jedes außerhalb des formalen Curriculums geplante Programm zur persönlichen und sozialen Bildung für junge Menschen, das der Verbesserung bestimmter Fähigkeiten und Kompetenzen dient.

BMBF-Bildungsketten-Initiative

Diese Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung will neue und bestehende Förderinstrumente in einem ganzheitlichen Ansatz zusammenführen. Ziel ist es, dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzusteuern, indem besonders gefährdete Schülerinnen und Schüler gezielt beim Schulabschluss und Übergang in einer Ausbildung unterstützt werden.

Instrumente und Maßnahmen der Bildungsketten-Initiative:

- (1) Potenzialanalysen ab der 7. Klasse
- (3) Berufsorientierungsmaßnahmen für Schüler/innen ab der 8. Klasse
- (4) Berufseinstiegsbegleiter
- (5) Verzahnung der Förderinstrumente und strukturelle Weiterentwicklung des Übergangssystems

Weitere Informationen finden sich unter www.bmbf.de

Non-formale Bildung...

- ist freiwillig, ganzheitlich und prozessorientiert
- ist für jeden jungen Menschen zugänglich
- ist ein organisierter Prozess mit Bildungszielen
- ist partizipativ und lernerzentriert
- beruht auf Erfahrung und Handeln und setzt bei den Bedürfnissen der Lernenden an
- vermittelt Lebensfertigkeiten und bereitet die Lernenden auf ihre Rolle als aktive Bürger und Bürgerinnen vor
- beinhaltet sowohl individuelles Lernen als auch Lernen in Gruppen.

Für die Umsetzung außerschulischer Bildungsangebote in den Häusern der Familien ist die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie mit örtlichen Vereinen angezeigt. Mit Blick auf die Zielgruppe ist es sinnvoll, auch mit Schulen (insbesondere sogenannte Brennpunktschulen und Ganztagschulen), Gemeinwesenprojekte sowie Spiel- und Lernstuben in belasteten Quartieren zu kooperieren. Im Austausch der Häuser der Familien wurde auf zwei Finanzierungsmöglichkeiten hingewiesen. Das Land Rheinland-Pfalz fördert die Ferienbetreuung von Schulkindern (Grundschule und Sekundarstufe I), die in Trägerschaft von freien oder öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe oder freien Initiativen vor Ort durchgeführt wird. Die Antragsstellung erfolgt über das Jugendamt. Eine umfangreichere Förderung ist über das Programm „Jugendkunstschulen in Rheinland-Pfalz“ möglich. Voraussetzung dafür ist allerdings die Nachhaltigkeit im Sinne eines kontinuierlichen Angebots als Jugendkunstschule.

Auf- und Ausbau von Jugendkunstschulen in Rheinland-Pfalz

Mit dem Programm „Jugendkunstschulen in Rheinland-Pfalz“ können Vorhaben gefördert werden, die sich aktiv mit kulturpädagogischen Angeboten (Bereich Bildende Kunst und/oder Moderne Medien) an Kinder und Jugendliche richten. Bei dem Vorhaben kann es sich im Rahmen eines bestehenden Jahresprogramms um ein zeitlich begrenztes Projekt handeln, aber auch um die Unterstützung eines Jahresprogramms. Wichtig ist, dass aus dem Antrag die Nachhaltigkeit ersichtlich wird, d. h. ein längerfristiger Auf- und Ausbau einer Jugendkunstschule ist anzustreben. Die Förderung ist von der Rechtsform einer Einrichtung unabhängig. Die Höhe der Förderung gliedert sich in die drei Kategorien Kleinförderung, Standardförderung und Spitzenförderung (über 8.000 €).

Anträge sind zu stellen an das Kulturbüro Rheinland-Pfalz der LAG Soziokultur & Kulturpädagogik e. V. Dort erfolgt auch die Beratung (info@kulturbuero-rlp.de).

2.5 Handeln mit Blick auf Mangellagen im Bereich Freizeit, Kultur und soziale Integration

„Armut macht die Welt kleiner“ – hiermit wird auf den Punkt gebracht, dass sich fehlende materielle Ressourcen vielfältig negativ auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auswirken: Außerhäusliche Freizeitgestaltung, Urlaub und Reisen, Besuch von Kultur- und Bildungsveranstaltungen, Mitgliedschaft in Vereinen etc. sind nur eingeschränkt möglich. Folglich ist der Aktionsradius armer Familien und deren Kinder weitestgehend auf das unmittelbare Wohnumfeld beschränkt, das zudem in vielen Fällen anregungsarm und stigmatisierend ist. Einer aktuellen Studie zu aufzuwertenden Stadtteilen (ehemals sozialen Brennpunkten) in Rheinland-Pfalz zufolge, zeichnen sich alle als aufzuwertende Gebiete eingeschätzten Stadtteile, aus denen Daten vorliegen, dadurch aus, dass der Bevölkerungsanteil in Bezug von Grundsicherung und AGL II über dem Landesdurchschnitt liegt.⁸⁰ Anders ausgedrückt, es sind überdurchschnittlich viele arme Menschen, die in belasteten Wohnquartieren leben.

Deshalb soll der Fokus der Armutsprävention im Handlungsbereich Freizeit, Kultur und soziale Integration auf Angebote und Maßnahmen gelegt werden, durch die der **Freizeitgehalt und die Lebensqualität im direkten Wohn- und Lebensumfeld verbessert** werden können.

Mögliche Kooperationspartner

- Gemeinwesenprojekte
- Stadtteilbüros, Bürgerzentren
- Nachbarschaftszentren
- Betroffeneninitiativen
- Quartiersmanagement „Soziale Stadt“
- Spiel- und Lernstuben
- Kirchengemeinden
- Schulen, Kitas, Jugendarbeit
- Vereine

⁸⁰ Vgl. Meier-Gräwe/Sennlaub 2009, S. 10.

Selbstverständlich ist hierbei, dass dies nur mit den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner sowie anderen vor Ort vorhandenen Akteuren gemeinsam erfolgen kann. Einige Häuser der Familien haben ihren Standort in benachteiligten Wohngebieten oder sind sogar aus Projekten des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ hervorgegangen. Hier können Aktivitäten und Angebote im Haus selbst unmittelbar zur Wohnumfeldverbesserung beitragen. Für die übrigen Häuser der Familien gilt es, wollen sie einen Beitrag zur Steigerung des Freizeitgehalts und der Lebensqualität im direkten Wohnumfeld von Familien in Armut leisten, zunächst einmal entsprechende Quartiere in der Stadt bzw. im Landkreis zu identifizieren und gemeinsam mit Betroffenen und Einrichtungen vor Ort Maßnahmen und Aktivitäten abzustimmen und zu konzipieren. In Rheinland-Pfalz gibt es mehrere Programme, die darauf zielen, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, Benachteiligungen abzubauen und Stadtteile aufzuwerten. Als bedeutsame Maßnahmen des Landes gelten laut Armuts- und Reichtumsbericht u. a. die Projekte der Gemeinwesenarbeit, Spiel- und Lernstuben sowie die Aktivitäten im Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“.⁸¹ In der QuarterNet-Datenbank sind Informationen zur Gemeinwesenarbeit in Deutschland und aus den Nachbarstaaten zusammengetragen. Dort finden sich auch Adressen von Institutionen der Gemeinwesenarbeit, Arbeitskreisen und Netzwerken, die ggf. im Einzugsbereich der Häuser der Familien liegen. Informationen über die Gebiete, die in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ einbezogen sind, sind unter anderem der Homepage der Bundestransferstelle Soziale Stadt (www.sozialestadt.de) zu entnehmen. Darüber hinaus ist die Jugendhilfe- und Sozialplanung der Kommunen die erste Adresse, um Hinweise auf belastete Wohngebiete sowie Projekte, Einrichtungen und Vernetzungszusammenhänge zu erhalten, die auf deren Verbesserung abzielen.

QuarterNet – Gemeinwesenarbeit im Netz

QuarterNet ist ein digitales Netzwerk; die Webseite „gemeinwesenarbeit.de“ ist identisch mit QuarterNet.

Ziel ist es, die Kommunikation der Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit in Rheinland-Pfalz zu verbessern. Darüber hinaus will QuarterNet zur fachlichen Weiterentwicklung beitragen. Zu diesem Zweck werden in einer Datenbank neben Adressen von Institutionen, Arbeitskreisen und Netzwerken auch Veröffentlichungen und Fachliteratur sowie Fort- und Weiterbildungsangebote zusammengetragen.

Die Seite „Quarternet.de“ besteht seit 1999 und wird vom Paritätischen Landesverband Rheinland-Pfalz / Saarland koordiniert. In den Jahren 2002-2004 erhielt Quarternet eine finanzielle Unterstützung seitens des MASGFF

⁸¹ Vgl. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz: *Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung 2009/2010 Mainz 2010, S. 173ff.*

Neben der Beteiligung der Betroffenen und der Zusammenarbeit mit örtlichen Akteuren, wie GWA-Projekten, Institutionen (Schulen, Kitas), Vereinen und Kirchen, ist es für Aktivitäten und Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung zwingend erforderlich, dass sie seitens der Häuser der Familien in Gehstruktur angeboten werden. Das heißt, dass Angebote entweder außerhalb des Hauses der Familie in Örtlichkeiten in den belasteten Wohngebieten stattfinden oder ortsgebundene Maßnahmen wie Familienfreizeiten, Ausflüge etc. dort bekannt gemacht und beworben werden.

Innerhalb der groben Zielsetzung der Wohnumfeldverbesserung können die Angebote und Maßnahmen seitens der Häuser beispielsweise auf folgende Aspekte abzielen:

- ⇒ **Aneignung des Wohnumfeldes insbesondere durch Kinder befördern:** Für Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Wohngebieten ist es wichtig, sich mit ihrem Wohnquartier auseinander zu setzen. Dies gilt insbesondere für die Kinder und Jugendlichen. Bevor konkrete Veränderungen angegangen werden, ist es wesentlich, dass sich die Betroffenen ihr Wohnumfeld aneignen, seine Möglichkeiten und Grenzen erkunden und sich als verantwortlich für die Gestaltung wahrnehmen. Ein Weg zur Aneignung des Wohnumfeldes sind beispielsweise Stadteilerkundungen. Wie methodische Zugänge, gerade auch für Kinder in benachteiligten Gebieten, plan- und umsetzbar sind, ist beispielsweise der Broschüre "Leitlinien für Teiligungsaktionen mit Kindern in benachteiligten Wohngebieten" des rheinland-pfälzischen Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend zu entnehmen. Auch das Verfahren der Spielleitplanung bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Wohnumfeldsituation unter Einbeziehung und mit Beteiligung der jungen und erwachsenen Bewohnerinnen und Bewohner zu beeinflussen und zu verändern. Im Rahmen der Spielleitplanung werden Projekte und Vorhaben entwickelt, wie z. B. die Umgestaltung von Schulhöfen, Außenanlagen von Kindertagesstätten und Spielplätzen oder die Schaffung von Ruhezeiten und Treffpunkten. Weiterführende Informationen finden sich auf der Homepage www.spielleitplanung.de.
- ⇒ **Zur Freizeitgestaltung in öffentlichen Räumen innerhalb des Wohngebietes befähigen:** Ein Aspekt der Aneignung des Wohnumfeldes besteht in der Nutzung der öffentlichen Räume innerhalb des Wohnquartiers zur aktiven Freizeitgestaltung. Durch mobile Spielaktionen, den Verleih von Spielgeräten sowie Selbstmacherprojekte können öffentliche Räume attraktiver gestaltet und die Betroffenen dazu befähigt werden, diese Räume für die eigene Freizeitgestaltung zu nutzen.
- ⇒ **Kultur-, Kunst- und Freizeitangebote vor die Haustür bringen:** Wurde unter Kapitel 2.2 die Herausforderung angesprochen, Kinder von Familien in Armutslagen „raus aus dem Wohngebiet

Spielleitplanung

Das Verfahren der Spielleitplanung wurde in dem Gemeinschaftsprojekt "Spielleitplanung - Ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt" der beiden rheinland-pfälzischen Jugend- und Umweltministerien entwickelt.

Spielleitplanung zielt auf eine kind- und jugendgerechte Planung und Entwicklung kommunaler Räume unter direkter Beteiligung von Mädchen und Jungen. Durch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in allen Planungs- und Umsetzungsphasen werden sie in der Ausübung ihrer Rechte und auch Pflichten unterstützt und gestärkt. Eine fachbereichsübergreifende Planung unter konsequenter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht den Erhalt, die Sicherung und die Neuschaffung geeigneter Flächen und Räume für Spiel, Erlebnis, Aufenthalt und Bewegung.

Das Verfahren der Spielleitplanung wurde in Modellgemeinden erprobt. Die Projektergebnisse sind in eine Handlungsanleitung geflossen, die im März 2004 erschienen und über www.spielleitplanung.de zu beziehen ist.

in Vereine zu integrieren“, wird hier die andere Blickrichtung eingenommen. Um den Freizeitgehalt und die Attraktivität des Wohnumfeldes von armen Familien zu verbessern, gilt es auch Kultur-, Kunst- und Freizeitangebote in benachteiligten Wohngebieten durchzuführen und über Vor-Ort-Angebote von Vereinen deren Präsenz in diesen Quartieren zu erhöhen. Entsprechend können die Häuser der Familien eigene Angebote, die beispielsweise im Haus selbst erfolgreich laufen, dezentral im Wohnumfeld armer Familien durchführen und gemeinsam mit Vereinen und anderen Akteuren gezielte Angebote und Veranstaltungen für diese Stadt- bzw. Ortsteile organisieren. Im Austausch mit den Häusern der Familien wurden als Beispiele „Freilichtkino im sozialen Brennpunkt“ und „Märchentante in einer Spiel- und Lernstube“ genannt.

B. Strategien zum Abbau von Inanspruchnahmebarrieren

In Kapitel II.C. wurde bereits der Frage nachgegangen, welche Gründe auf Seiten benachteiligter Familien für eine Nicht-Beteiligung an familienbezogenen Unterstützungsangeboten und sozialen Diensten bestehen und demnach als Inanspruchnahmebarrieren wirksam sind. In den bisherigen Überlegungen zu Angeboten und Maßnahmen der Armutsprävention seitens der Häuser der Familien sind Themen, Inhalte, Rahmenbedingungen, Vorgehensweisen und Arbeitsprinzipien angesprochen worden, die relevant sind, um Familien in Armutslagen zu erreichen. Im Folgenden sollen diese Hinweise unter Bezug auf die wesentlichen Inanspruchnahmebarrieren noch einmal zusammengetragen und gebündelt werden. Dabei wird auf Familien mit Migrationshintergrund, obwohl sie eine überdurchschnittlich von Benachteiligungen betroffene Bevölkerungsgruppe sind, nicht vertieft eingegangen. In der Handreichung „Das Haus der Familie mit und für Migrantinnen und Migranten gestalten“⁸² wurde diese Thematik ausführlich behandelt. Hervorgehoben sei noch einmal, dass viele Häuser der Familien mit Blick auf diese Zielgruppe über den spezifischen Anknüpfungspunkt der Sprachförderung arbeiten. Die nachfolgend dargestellten Strategien zum Abbau von Inanspruchnahmebarrieren beziehen sich in erster Linie auf die Erfahrungen der Häuser der Familien, werden teilweise durch Erkenntnisse und Ergebnisse aus Projekten und Studien insbesondere aus dem Feld der Familienbildung für benachteiligte Familien ergänzt.

1. Arme Familien werden über die herkömmlichen Formen der Bewerbung unzureichend angesprochen – was ist zu tun?

Eine zentrale Inanspruchnahmebarriere liegt schon in der Form der Werbung und Ansprache, über die Familien in Armutslagen bisher unzureichend interessiert und für eine Teilnahme und Nutzung familienbezogener Unterstützungsangebote motiviert werden. Erfolgreiche Zugänge konnten über folgende Strategien hergestellt werden.

- Das **Aufsuchen lebensweltlicher Lernorte** als Orte, an denen sich arme Familien in Zuge ihrer Alltagsgestaltung aufhalten und wo Zeit und Raum für Gespräche bestehen, **in Verbindung mit der persönlichen Ansprache** gilt als vergleichsweise erfolgreicher Zugangsweg. Neben den Bildungsinstitutionen Kita und Schule ist hierbei auch an Einrichtungen des Gesundheitssystems (Arztpraxen, Hebammen, Kliniken) sowie an wohnquartiersbezogene Treffs und Anlaufstellen zur Armutsbewältigung (Tafelprojekte, Kleiderkammern, Sozialkaufhäusern) zu denken. Ein besonderes Poten-

⁸² Vgl. Höblich 2009.

zial der Häuser der Familien liegt darin, durch ihre Lage sowie die offenen und niedrigschwelligen Angebote selbst zu einem lebensweltlich relevanten Ort für Familien in Armutslagen zu werden.

- Allerdings reicht die persönliche Information über Angebote oftmals nicht zur Aktivierung aus, vielmehr muss als Strategie für die Gewinnung von benachteiligten Familien die personale Ansprache um die **Begleitung durch vertraute und vertrauenswürdige Personen** ergänzt werden, die die Betroffenen zu einem für sie passenden Angebot hinführen, sie ggf. dort auch einführen und eventuell das Angebot sogar durchführen. Für die Häuser der Familien bietet es sich an, mit „lebensweltlichen Mittlerinnen und Mittlern“ bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zusammenzuarbeiten. Dies können gleichfalls Betroffene oder milieukundige Personen und Fachkräfte, wie Quartiermanager, Hebammen, sein, die mit der Zielgruppe in vertrauensvoller Form zusammenarbeiten.
- In Anlehnung an die sogenannte „Luftballonmethode“⁸³, nach der erst die Kinder mit bunten Ballons angelockt und dann, die freundliche Zuwendung der Eltern nutzend, diese angesprochen werden, kann der **Zugang zu Familien in Armutslagen über deren Kinder** hergestellt werden. Indem zunächst einmal die Kinder von armen Familien über Unterstützungs- und Freizeitangebote an das Haus der Familie gebunden werden, kann das Interesse und Vertrauen der Eltern zur Inanspruchnahme weiterer familienunterstützender Angebote geweckt werden. Dies gilt es gezielt über Elternveranstaltungen anzubahnen.
- Nach dem Prinzip „Alimentierung mit Befähigung und Selbsthilfe verbinden“ drückt sich eine weitere Strategie für eine erfolgreiche Ansprache benachteiligter Familien aus. Der existenzielle Druck und die hohen Anforderungen an die alltägliche Lebensbewältigung in materiellen Notlagen können genutzt werden, um Unterstützungsangebote attraktiv zu machen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, bei nicht unmittelbar existenzsichernden Angeboten **relevante Themen und Problemstellungen für Familien in prekären Lebenslagen** aufzugreifen und den **alltäglichen Nutzen**, insbesondere bei der Bewerbung des Angebotes, sichtbar zu machen. Da sich vieles im Leben armer Familien um das fehlende Geld dreht, gilt es nach Wegen zu suchen, um Möglichkeiten der ökonomischen Ressourcenförderung in Angebote der Beratung, Bildung und Selbsthilfe zu integrieren. Aus dem Kreis der Häuser der Familien stammt dazu der Hinweis, Beratungs- und Gruppenangebote, etwa rund um das Thema Schwangerschaft und Geburt mit Geld für die Baby-Erstausrüstung, zu koppeln.

2. **Kosten und fehlende Möglichkeiten der (Kinder-)Betreuung verhindern eine Teilnahme – was ist zu tun?**

Da Kosten, die im Zuge der Inanspruchnahme von Angeboten anfallen (Teilnahmegebühren, Fahrtkosten etc.), das bereits knappe Budget armer Familien zusätzlich belasten, ist es nicht verwunderlich, dass sie als Inanspruchnahmebarriere wirken. Wenn bei bestimmten Angeboten nicht auf Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichtet werden kann oder aufgrund der Devise „was nichts kostet ist nichts“ verzichtet werden soll, so hat sich folgendes Vorgehen bewährt, um Familien in materiell prekären Lebenslagen zu entlasten. Gegenüber einer oftmals mit bürokratischem Aufwand verbundenen Kostenrückerstattung oder –ermäßigung, wurden gute Erfahrungen damit gemacht, Beiträge direkt bei den Veranstaltungen einzusammeln und – wenn nötig – ohne diskriminierende Wirkung Zahlungsaufschub zu gewähren. Des Weiteren können **Finanzierungsmöglichkeiten durch Dritte** geschaffen werden. Ein Haus der Familie hat beispielsweise einen „Sozialfond“ eingerichtet, über den Spenden dazu eingesetzt werden, auf Antrag bedürftigen Familien bestimmte kostenpflichtige Angebote im Haus zu finanzieren.

⁸³ Carle/Metzen 2006, S. 58.

Einfacher noch als im Bereich der Kosten können die meisten Häuser der Familien Entlastung in Fragen der Kinderbetreuung schaffen. Die Mehrzahl der Häuser der Familien zählt Betreuungsangebote für Kinder und vereinzelt auch für pflegebedürftige Angehörige zu ihrem Angebotsspektrum. Diese gilt es dann mit Angeboten, die Eltern in Armutslagen adressieren, abzustimmen und für die Teilnehmerinnen verfügbar zu machen. Neben der **Bereitstellung von Betreuung** ist es auch angezeigt, Angebote in ihrer Zeitstruktur auf Familien- bzw. Arbeitszeiten abzustimmen.

3. Arme Familien fühlen sich nicht willkommen und deplatziert – was ist zu tun?

Hemmschwellen und damit Inanspruchnahmebarrieren resultieren auch daraus, dass sich arme Familien in Einrichtungen und Diensten nicht willkommen und in Unterstützungsangeboten nicht dazugehörig bzw. deplatziert fühlen. Eine Schlüsselrolle nimmt der „Stil“ des Hauses ein, der sich in den Räumlichkeiten, den Einrichtungsgegenständen und dem dort gepflegten Kommunikationsstil und Miteinander ausdrückt. Diesbezüglich ist kritisch zu reflektieren, ob hierdurch Distanz zu benachteiligten Familien eher verstärkt oder abgebaut wird. Ebenso wie bei der Ansprache ist es vorteilhaft, Angebote und Veranstaltungen zunächst einmal in **vertrauten Räumlichkeiten, beispielsweise in geeigneten Einrichtungen in den Wohnquartieren**, durchzuführen, um den Betroffenen den Vorteil eines „Heimspiels“ zu ermöglichen und Brücken zum Haus der Familie zu bauen.

Das Gefühl der Unsicherheit, Fremdheit und Distinktion bis hin zur Isolation und Ausgrenzung kann auch durch die soziale Zusammensetzung des Teilnehmer- bzw. Nutzerkreises hervorgerufen werden. Deshalb empfiehlt etwa Mengel mit Blick auf Familienbildung für benachteiligte Adressaten homogene Teilnehmergruppen, um die Wiederholung von Unterprivilegierungserfahrungen auszuschließen.⁸⁴ Auch die Häuser der Familien berichten, dass sich **zielgruppenhomogene Angebote** als vorteilhaft erwiesen haben, um Familien in Armutslagen für die Teilnahme zu motivieren und längerfristig an die Angebote zu binden. Allerdings ist immer wieder kritisch zu hinterfragen, wann eine solche Spezialisierung sinnvoll und nützlich und wann sie gegenteilig wirkt. Homogene Teilnehmergruppen haben eine Berechtigung vor allem als ersten Schritt, der weitere Integrationsbemühungen erst möglich macht und folgen lässt. Generell muss es Ziel sein, Hemmschwellen abzubauen ohne Parallelstrukturen mit Spezialangeboten aufzubauen.

4. Scham und die Angst, abgestempelt zu werden, verhindern eine Teilnahme – was ist zu tun?

Das Bewältigungshandeln armer Familien ist sehr unterschiedlich und reicht, - einer Typologie von Meier, Preuße⁸⁵ entsprechend, - von einem routinierten Umgang mit Ämtern, Behörden und Diensten bei einer generationenübergreifenden Armut bis hin zu gänzlich fehlender Kenntnis und Erfahrung mit bestehenden sozialen Angeboten bei Armutslagen, die in der Regel als Folge kritischer Lebensereignisse auftreten. Entsprechend ist auch die Scham bzw. Angst vor Stigmatisierung und Ausgrenzung seitens armer Familien als Inanspruchnahmebarriere unterschiedlich wirksam. Gleichwohl sollte es eine generelle Anforderung an die Konzeption von Angeboten sein, **nicht-stigmatisierende Zugangswege** zu schaffen. Mit den Häusern der Familie sollen in allen rheinland-pfälzischen Kommunen Gelegenheitsstrukturen entstehen, die unabhängig von Problemzuschreibungen allen Familien Information, soziale Beratung, Bildung und Alltagshilfen zugänglich machen. Um noch gezielter der Angst vor Stigmatisierung zu begegnen, haben sich folgende Strategien als erfolgreich erweisen:

⁸⁴ Vgl. Mengel 2007, S. 92.

⁸⁵ Vgl. Meier, Preuse, 2003

- Wie bereits im Zusammenhang mit der Bewerbung von Angeboten angesprochen wurde, ist die Präsentation von Angeboten an Orten, die selbstverständlich von Familien aufgesucht werden und die Vermittlung durch vertraute, alltägliche Institutionen und Fachkräfte unabhängig von einer Fokussierung auf Probleme und Schwierigkeiten angezeigt, um Zugänge nicht nur in praktischer, sondern auch psychologischer Hinsicht einfacher zu machen.
- Die Einbettung von Angeboten, deren Inanspruchnahme mit Scham behaftet sein kann oder denen bislang wenig Unterstützungspotenzial zugeschrieben wird, in andere „alltägliche“ Aktivitäten wird als Erfolgsstrategie bewertet. In den Häusern der Familie häufiger anzutreffen ist die Verzahnung von Information und Beratung mit offenen Angeboten, wenn etwa eine Fachkraft aus dem Jugendamt während des offenen Treffs über den Allgemeinen Sozialdienst informiert oder beim Marktfrühstück eine Beraterin der Erziehungs- und Lebensberatungsstelle regelmäßig anwesend und so ansprechbar ist. Allerdings gibt es auch kritische Stimmen, die auf die Gefahr hinweisen, dass dies als störende Einmischung oder Kontrolle erlebt werden kann und dem offenen, vertrauensvollen Charakter der Begegnungsangebote entgegensteht.
- Einen anderen Ansatzpunkt verfolgt die Strategie, über die Einbindung der Betroffenen in die Organisation und Durchführung von Angeboten diese aus der passiven und ggf. stigmatisierenden Rolle der Inanspruchnehmenden zu befreien und ihre Funktion aufzuwerten. Da viele der Angebote und Aktivitäten im Haus der Familien aus ehrenamtlichem Engagement erwachsen oder in der Durchführungsverantwortung von Honorarkräften und anderen „freien“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern liegen, bietet es sich an, gezielt auch für Personen in Armutslagen nach Möglichkeiten der Partizipation und Mitgestaltung zu suchen. Gute Erfahrungen hat ein Haus der Familie beispielsweise damit gemacht, Betroffene als „Gastgeber“ des offenen Treffs einzubinden.

IV. Fazit – Schlussbemerkung

Familien in Armut sind, so wurde deutlich, häufig in ihren gesellschaftlichen Teilhabechancen benachteiligt. Die Auswirkungen von Armut betreffen hierbei keineswegs nur die finanziellen Möglichkeiten im Alltag, sondern wirken sich auf die unterschiedlichsten Lebensbereiche, z. B. Freizeit, Gesundheit, Bildung, aus. Entsprechend benötigen Familien in Armut, neben finanzieller Unterstützung, nicht stigmatisierende Angebote, die sie in der Bewältigung ihres Alltags unterstützen.

Die Häuser der Familien bieten hier einen guten Ansatzpunkt. Häuser der Familien haben gegenüber anderen, speziell auf die Zielgruppe von Menschen in Armutslagen ausgerichteten, Angeboten den Vorteil, dass mit ihrer Nutzung keine (weitere) Stigmatisierung einhergeht. Häuser der Familien richten sich grundsätzlich an alle Familien und unterbreiten vielfältige Angebote für unterschiedliche Nutzergruppen. Zudem existieren für die Nutzung der Angebote in der Regel keine Beschränkungen im Sinne von Bedarfsüberprüfungen wie z. B. bei den Tafeln. Über die Verknüpfung von Alltagshilfen und offenen Angeboten mit Angeboten der Bildung und Beratung können Schwellen für die Inanspruchnahme von Hilfs- und Unterstützungsangeboten gesenkt werden. Gerade der offene Treff und offene Angebote, wie Familienfrühstück oder Mittagstisch, laden Familien zum Aufenthalt in den Häusern der Familien ein und stiften Beziehungen zwischen Familien.

Häuser der Familien eignen sich daher als nicht-stigmatisierende, offene Einrichtungen und Teil einer familienfreundlichen Infrastruktur sehr gut, um niedrigschwellige Zugänge und Angebote für Familien in Armut zu bieten. Ihre konzeptionelle Offenheit und der Anspruch, alle Familien zu erreichen, erleichtert Familien in Armut Angebote in den Häusern anzunehmen.

V. Literatur

- Bertsch, F. (2002): *Staat und Familien- und Kinderarmut in Deutschland*. In: *Politik und Zeitgeschichte*, B 22-23.
- Bundesministerium für Familie, S. F. u. J. (2009): *Familien Report 2009. Leistungen, Wirkungen, Trends*. Berlin.
- Bundesregierung (2008): *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*.
- Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 9. Februar 2010, Aktenzeichen 1BvL 1/09; 1 BvL 3/09; 1 BvL 4/09.
- Butterwegge, C. (2007): *Ursachen von und Maßnahmen gegen Kinderarmut*. In: *Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.): Kinderreport Deutschland 2007*. Freiburg.
- BZgA (1996.): *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung*. Schwabenheim a. d. Selz.
- Carle, U /Metzen, H. (2006): *Abwarten oder Rausgehen. Familienförderung und Elternbildung vor dem anstehenden und (un-) gewollten Perspektivenwechsel*. Norderstedt.
- Chassé, K. A./Zander, M./Rasch, K. (2007): *Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen*. Wiesbaden.
- Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (1997): *mitreden - mitplanen – mitmachen. Kinder und Jugendliche in der Komme*. Berlin, Kiel.
- DJI (o.J.): *Kinderarmut in Deutschland*. O.O.
- Höblich, D. (2009): *Das Haus der Familie mit und für Migrantinnen und Migranten gestalten – eine Handreichung*. Herausgegeben vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz. Mainz.
- Holz, G. (2008a): *Kinderarmut und familienbezogene soziale Dienstleistungen*. In: *Huster, E.-U./Boeckh, J./Mogge-Grotjahn, H. (Hg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden, S. 483–500.
- Holz, G. (2008b): *Armut verhindert Bildung - Lebenslagen und Zukunftschancen von Kindern*. In: *Sanders, K./Weth, H.-U. (Hg.): Armut und Teilhabe. Analysen und Impulse zum Diskurs um Armut und Gerechtigkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 7095.
- Holz, G./ Richter, A./Wüstendörfer (2006): *"Zukunftschancen für Kinder!?" - Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit*. Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V. Frankfurt am Main.
- Kampshoff, M. (2005): *Armutsprävention im Bildungsbereich – Ansatzpunkte für Chancengleichheit*. In: *Zander, Margherita (Hg.): Kinderarmut*. Wiesbaden.
- Klocke, A ./Lampert, T. (2005): *Armut bei Kindern und Jugendlichen*. Berlin.
- Lösel, F. (2006): *Bestandsaufnahme und Evaluation von Angeboten im Elternbildungsbereich*. Abschlussbericht 2006. URL: <http://www.bmsfsj.de/doku/elternbildungsbereich/>.
- Lutz, R. (2007): *Wege aus der Kinderarmut. Die Bedeutung sozialräumlicher Vernetzung*. In: *Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (Hg.): Kinderreport Deutschland 2007*. Freiburg.
- Mardorf, S. (2006): *Konzepte und Methoden der Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte*. Wiesbaden.
- Martens, R. (2004): *„Zum Leben zu wenig...“*. In: *Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hg.): „Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum beim Arbeitslosengeld II und in der Sozialhilfe“*. Berlin.
- Meier, U. (2002): *Infantilisierung von Armut und kein Ende in Sicht?* In: *Jugendhilfe* 40(2002), Heft 3.
- Meier, U./Preuße, H./Sunnus, E. (2003): *Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen*. Wiesbaden.
- Meier, Uta; Preuße, Heide (2003): *Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen*. Wiesbaden.

Meier-Gräwe, U./ Sennlaub, A. (2009): Studie zu aufzuwertenden Stadtteilen (ehemals sozialen Brennpunkten) in Rheinland-Pfalz. Frankfurt am Main; Gießen.

Mengel, M. (2007): Familienbildung mit benachteiligten Adressaten. Wiesbaden.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2004): Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz. Bericht über die Ausführung des Beschlusses des Landtags vom 11. Mai 2000 zu Drucksache 13/4060.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2010a): Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung 2009/2010. Mainz.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2010b) Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Kontext sozio-struktureller Einflussfaktoren. 3. Landesbericht 2010, Mainz

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz (2004): Armut in Rheinland-Pfalz. Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung. Mainz.

Richter, A. (2005): Armutsprävention – Ein Auftrag für die Gesundheitsförderung. In: Zander, Margherita (Hg.): Kinderarmut. Wiesbaden.

Richter, A. (2004): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? – Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung im ländlichen Raum. o. O.

Segbers, F. (2008): Von sozialpolitischer Armutsbekämpfung zurück zur Armenfürsorge. Die Rückkehr der Sozialen Fragen und die Aktualität von Johann Hinrich Wichern. In: Sozialismus 6.

Selke, S. (2009): Das Leiden der Anderen – Die Rolle der Tafeln zwischen Armutskonstruktion und Armutsbekämpfung. In: Selke, Stefan (Hg.): Tafeln in Deutschland. Wiesbaden.

Sen, A. (1999): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München.

Seus-Seberich, E./Rudeck, R. (1999): Arm und nicht glücklich. SOS-Dialog.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008a): Haushalte und Familien 2008. Ergebnisse aus dem Mikrozensus. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2008b): Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Bad Ems.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2009): Mikrozensus 2008/2009. Bad Ems.

Trabert, G. (2000): Armut und Gesundheit/Krankheit in Deutschland. Vortrag auf der Armutskonferenz.

Walkmann-Schäfer, Susanne/Störk-Biber, Costanze/Rieger, Günter/Ross, Paul-Stefan (2009): Die Menschen hinter den Zahlen. Arme Kinder und ihre Familien in Baden-Württemberg. Eine sozialarbeitswissenschaftliche Studie im Auftrag des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart, in Kooperation mit dem Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e.V. Stuttgart.

Weth, S. (2009): Es geht auch anders – Nach der Routine kommt die Vielfalt. In: Selke, Stefan (Hg.): Tafeln in Deutschland. Wiesbaden.

Winkler, M. (2007): S' Lebbe iss doch, wie's iss. Unterschicht, Kultur und Soziale Arbeit - eine andere Geschichte. In: Kessl, F. (Hg.): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die "neue Unterschicht". Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 103–133.

VI. Anhang: Übersicht über Statistiken zum Thema Armut und Ungleichheit

	Herausgeber/Institution	Titel	Jahr (ggf. Turnus)
Amtliche Akteure			
Bund	Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)	Armuts- und Reichtumsberichte „Lebenslagen in Deutschland“	2001
			2005
			2008
		Sozialbericht	2009
	Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA), Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Bundeszentrale für politische Bildung	Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland	2008 (alle zwei Jahre)
	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007	2009 (jährlich)
	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Familienbericht	2006 (7. Bericht)
		Kinder- und Jugendbericht	2009 (13. Bericht)
		Altenbericht – Bericht zur Lage der älteren Generation	2006 (5. Bericht)
	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	Migrationsbericht 2007	2008 (jährlich)
Beauftragte für Migration und Flüchtlinge	Bericht über die Lage von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland	2007 (7. Bericht)	
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Kultusministerkonferenz der Länder	Bildungsbericht	2006	
		2008	
Rheinland-Pfalz	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Statistische Berichte: Haushalte und Familien	2008 (jährlich) ⁸⁶
		Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz – Ergebnisse des Mikrozensus 2006	2008

⁸⁶ Statistiken und Berichte verfügbar unter: <http://www.statistik.rlp.de/hau/veroeff/index.html>

		Diverse Berichte, Tabellen und Veröffentlichungen zu Sozialleistungen ⁸⁷	
		Rheinland-Pfalz Ein Ländervergleich in Zahlen ⁸⁸	2008
	Statisches Landesamt, gemeinsam mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder	Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007	2009
	Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz	Armutsbericht	2004 (3. Armutsbericht) ⁸⁹
			2010 (4. Armutsbericht) ⁹⁰
	Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz	Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz	2004
Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz	Kinder und Gesundheit – Gesundheitsförderung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Beschluss der Jugendministerkonferenz vom Mai 2005	2005	
Kommunen		Kommunale Sozialberichte ⁹¹	
Nicht-amtliche Akteure			
Verbände	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ISS e. V.	Mehrere Bericht zur Armut von Kindern und Jugendlichen „AWO-ISS-Studien“	
	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPW), Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Hans-Böckler-Stiftung	Armut und Ungleichheit in Deutschland	
	Caritas	Arme unter uns	

⁸⁷ <http://www.statistik.rlp.de/soz/veroeff/index.html>

⁸⁸ http://www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2008.pdf

⁸⁹ Download unter: <http://www.masgff.rlp.de/Soziales/>

⁹⁰ Download unter:

http://masgff.rlp.de/fileadmin/masgff/soziales/Endbericht_Arbeitsfassung_Druck_22.02.10_NEU1.pdf

⁹¹ Derzeit existieren mindestens 342 kommunale Sozialberichte; vgl. Mardorf 2006, S. 164.